

Erscheint täglich außer Montags-Abendblatts-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeit...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Freitag, den 1. Mai 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Zum 1. Mai 1891.

Die neue Zeit.

Ich nun geh in den Tod, Doch auf Erden kommt eine neue Zeit...

Es sucht wie rother Nordlichtschein In die tiefe Nacht der Massen...

Dampfmurmelnd Antwort, — Ein mächtiger Klang, verworren-vag...

Aus dem dunkeln Menschenmeer Von unten her Aufsteigen flackernde Lichter...

Wir aber lauschen Entrückt aus Zeit und Raum Begeistert dem Flügelrauschen...

So wacht der Menschheit Bewußtsein auf!

Die Vorgeschichte geht zu Ende, Es rückt heran die Weltewende...

Der Menschheit Frühroth glüht auf Erden.

Leopold Jacoby.

Der 1. Mai.

Am 20. Juli 1889 beschloß das Weltparlament der Arbeit, welches 6 Tage vorher — am hundertsten Geburtstag der französischen Revolution...

Und was das Arbeiterparlament beschlossen hat, das ist von den Arbeitern gehalten worden. Umsonst bot die Kapitalistenklasse ihr Gehörtes an...

Die Arbeiter ließen sich durch keine Drohungen einschüchtern, in keine Falle sich locken. Tausende hatten unter der niedrigen Nachsicht der Kapitalistenklasse...

deutsche Arbeiterschaft einen neuen Triumph zu verzeichnen.

In diesem Jahr — darauf lassen die Nachrichten aus allen Theilen unseres Vaterlandes, wie aus allen übrigen Kulturländern mit Sicherheit schließen...

Den deutschen Arbeitern hat die sozialdemokratische Fraktion den Rath erteilt, das Maifest der Arbeit am ersten Sonntag im Mai — also diesmal am 3. Mai — zu feiern.

Wir müssen mit den Thatsachen rechnen. Wohl klingt es heraufschend schön — und ist im Grunde ja auch die volle Wahrheit...

„Aber „der Arbeiter“ ist ein millionen- armer Kiese, dessen Arme noch nicht einem einzigen Willen gehorchen...

allen Ländern der Erde ist noch in geistiger, wie in wirtschaftlicher Abhängigkeit von dem Kapital; und würde die ziel- und klassenbewusste Arbeiterschaft beschließen...

Und nun gar in einer Zeit der Krise, wie der gegenwärtigen, wo das Kapital in der Lage ist, seine Obmacht über die Arbeiter aufs Rücksichtsloseste auszuüben...

Ob wir in Deutschland das Maifest der Arbeit am 1. Mai feiern oder am ersten Sonntag im Mai — das ändert nichts am Wesen der Feier...

Das Maifest der Arbeit wird überall gefeiert, wo es ziel- und klassenbewusste Arbeiter giebt — gefeiert in dem Geiste der internationalen Zusammengehörigkeit...

Einigkeit ist Macht — das ist ein uralter Spruch, so alt wie die dem Thierzustand entronnene Menschheit.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

49

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

„Was meinst Du, Frau,“ lehrte er sich zu Afra, indem er mit dem rechten Arm eine Bewegung machte...

Afra unwillkürlich zusammenzuckte. Stasi hatte sich bei seinen Worten allmählich aufgerichtet. Sie blickte Ambros durch ihre Thränen an...

Afra ging geräuschlos aus der Stube. Der Müller winkte Lisei, daß sie sich wieder an seine Seite setzen möchte...

Zähnen aufbeissen soll. Aber es muß doch mal sein, und ich wünschte ihm, (er schielte nach Ambros hin), daß er Deine gesunden Zähne hätte, Lisei.“

„Mich laßet nur aus dem Spiele, Müller,“ versetzte sie mit einem matten Lächeln. „Es giebt Mäuse, die auch für meine Zähne zu hart sind, und dann, es sind bloß Weiberzähne!“

„Ich weiß wohl, worauf Du zielst,“ gab er zur Antwort. „Aber es giebt halt in jedem Unglück ein Glück und taugt der Baum nicht zum Balken, so taugt er zu Brettern.“

Lisei leuchtete die helle Freude aus dem Gesicht und selten gewiß war die fehnige Hand des alten Krigaya so herzlich gedrückt worden...

Aber während er dieser sein Wort gab, für Wolf einzutreten, brauchte Besa an dem Klosterhofe fleißig ihre Junge, um das Band zwischen dem Schmied und Lisei vollends zu zerschneiden.

indem er mit seinen harten Augen in's Leere starrte. Eine Antwort gab er der Schwester nicht; doch bedurfte sie deren auch kaum.

Er wendete Besa einen Augenblick sein Gesicht zu und fuhr dann fort, die Daumen um einander zu bewegen, indem er sich etwas vorbeugte und fester auf die Ellenbogen stützte.

Und wenn es mit der Brautchaft zu Ende war, spann Besa ihren Faden weiter, nachdem sie sich die Lippen mit der Zunge geneht hatte...

„Freilich,“ murmelte der Klosterbauer, die Augen auf den Fußboden gerichtet.

Zu ihm sprach er, daß sie jetzt dort angelangt wäre, wo er sie schon lange erwartete. Seitdem Ambros mit Stasi verheirathet war, hatte sie ihn so oft das Lob des jungen Müllers gesungen...

die vereinigten Arbeiter sind die Herren der Welt. Dieser Gedanke, tausendmal ausgesprochen, soll am Maifest der Arbeit in jedem Ziel- und Klassenbewußten Arbeiter lebendig werden, und den unbewußten Entschluß zur Reife bringen, in Gemeinschaft mit den Millionen Gleichdenkender, Gleichfühler, Gleichstrebender, die gleichzeitig in allen Ländern der Erde den gleichen Willen bekunden, an dem Werke der Befreiung zu arbeiten.

Und was kann mehr zum Handeln stärken, als das Bewußtsein, daß Millionen zum gleichen Handeln entschlossen sind, ihre Kraft mit der unsrigen zu einer einzigen Summe von Kraft zusammenzuschmelzen!

Ein Weltfest, gestiftet von den Arbeitern und von den Arbeitern zur Wirklichkeit gemacht, trotz aller Feindschaft der vereinigten Feinde, an sich schon ein Triumph der internationalen Sozialdemokratie, kündigt das Maifest der Arbeit durch sein bloßes Vorhandensein die weltumspannende Größe unserer Partei. Wie klein sind die Parteien der alten Gesellschaft, verglichen mit der unsrigen! Was ist ein deutscher Volksparteiler, ein Nationalliberaler, ein Fortschrittler, wenn er über die deutsche Grenze kommt! Niemand kennt ihn, Niemand weiß, was er will. Kommt aber der deutsche Sozialdemokrat nach England, Belgien, Frankreich, der Schweiz, in die neue Welt, zu unseren Ozeanfüßlern nach Australien — überall kennt man ihn, überall weiß man was er ist, was er will — überall findet er seine Genossen, seine Kameraden, Soldaten derselben Armee — der großen Befreiungs-Armee, deren verschiedene Heerkörper, einheitlich geleitet, von einer Idee befeuert, über das ganze Erdenrund verstreut sind, in allen Kulturländern der Erde den nämlichen Feind bekämpfen, die nämliche Sache verfolgen, rastlos ohne Unterlass auf der ganzen Linie vordringen und die Waffen erst an dem Tag niederlegen werden, wo der menschenmordende Moloch des Kapitalismus zerschmettert, und die feghafte, ihrer Ketten entledigte Arbeit die Herrin der Erde ist — eine Herrin, die keine Knechte duldet und keine Unterdrücker.

Alle Soldaten dieser großen Armee sind unsere Brüder; und alle Anderen, die ihr nicht angehören, sind unsere Feinde.

Und das Maifest ist die Heerschau dieser großen Armee, auf deren Banner das herrliche, siegverbürgende Wort steht:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. April.

Die 40-50 Leute, welche jetzt euphemistisch Reichstag genannt werden, befanden sich heute vor einer sehr langen, dafür aber desto mageren Speisefarte. Alles Mögliche und Unmögliche stand darauf, Alles und doch Nichts — d. h. nichts Substantielles, Nichts, was einen gesunden politischen Magen irgend befriedigen konnte. Handelskonvention mit Marokko, — Internationales Uebereinkommen über den Frachtverkehr, — Prüfung der Rüsse und Verschlässe der Handfeuerwaffen, — Schutz von Gebrauchsmustern, — und 16, wir schreiben sechszehn Berichte über Petitionen, und im Himmel und auf Erden giebt's buchstäblich nichts, das nicht in den Petitionen an den Reichstag behandelt würde — wahrhaftig, mehr kann man nicht verlangen, zumal wer sich nach einem friedlichen Nachmittagschlafchen sehnt. Debatten waren nicht zu befürchten, wenigstens keine aufregenden — kein Wöllchen war am parlamentarischen Himmel zu sehen, keine Klippe kränzelte die spiegelglatte See, die sich vor den Blicken der Reichsboten ausdehnte. Nur ein ganz kleines dunkles Bünzlchen war von einem scharfen Auge zu entdecken: Abänderung der Wuchergesetze war als Inhalt einer der Petitionen ver-

Gewohnheit war, wenn er den Anderen mehr sagen lassen wollte, als dieser beabsichtigte.

„Und Dies und Das,“ fiel er Wesa plötzlich ungeduldig in die Rede und that die Augen weit auf. „Das Alles weiß ich längst im Schlaf auswendig. Jetzt, wie denkst Du's Dir denn eigentlich, wenn der Jerg die Bisei heirathet?“

Wesa starrte ihn mit einem Gesicht an, das alles, nur nicht klug genannt werden konnte. „Wenn sie sich heirathen?“ wiederholte sie, und dann sagte sie, den Kopf halb abwendend: „Aber Bruder!“

„Heilige Mutter Gottes, ist das eine Gans!“ rief der Klosterbauer und setzte sich steif aufrecht in seinen Stuhl.

„Ich will wissen, was das Ende von alle dem sein soll.“

„Was kann es für ein anderes End' haben, als daß der alte Arigana den jungen Leuten die Mühle übergiebt und sich zur Ruh' setzt?“ entgegnete sie.

„Weiter nichts?“ fragte er lauernd.

„Ja, das Uebrige ist doch näher Deine Sach'. Wenn die Bisei die reichste Heirath im Thal machen kann, wirst Du es auf die Müggelst. ja auch nicht ansehen. Es ist ja Niemand mehr da, an den Du sonst noch zu denken brauchtest. Und wenn Du mal das Wirthschast zu schwer wird, oder Du das Zeitliche segnest — wir müssen ja leider Gottes Alle einmal sterben, lieber Bruder — — Ja, stell's Dir nur vor, wenn zu dem Klosterhof auch noch die Mühle und alles in eine Hand kommt.“

Der Klosterbauer hatte sich in seinem Stuhl zurückgelehnt und betrachtete aufmerksam die Stube. Seine Schwester fuhr mit ihrer süßesten Stimme fort: „Ueberhaupt, lieber Bruder, die Bisei schlägt Dir viel mehr nach als —.“ Sie hatte Ambros' Namen auf den Lippen, hielt es jedoch für besser, ihn nicht auszusprechen, und sagte ablenkend: „Ich meine, sie ist eine echte Falkner, und wenn es Dir nicht paßt, da Du doch so sehr an ihre Wirthschast gewöhnt bist, so brauchtest Du sie gar nicht aus dem Haus zu thun, selbst wenn sie den Jerg heirathet.“

„Und das ist das End' davon,“ rief er, indem er sich mit einem Schwunge auf die Füße stellte. „Ich nehm' den Jerg auf den Hof, und er wird mein Erbe!“

zeichnet — konnte nicht Herr Pickenbach, der bekannte Praktikant in Wucherpraktiken zu einer donnernden Kapuzinade gegen Wucher, und jüdischen Wucher — denn den seinen, der christlich ist, erachtet der Herr für etwas sehr Tugendhaftes — begeistert werden? Konnten nicht die Schwestern der Liebermann'schen und Böckel'schen Vereinsamkeit sich öffnen?

Und wenn's auch so käme, wäre es so schlimm? Hanswursten-Spässe und Klown-Kunststücke können mitunter recht unterhaltend sein. Und der Liebermann kam wirklich — kam, sprach und siegte, d. h. er hatte einen stürmischen Heiterkeitserfolg, um den der geschickteste Hanswurst und gummiähnlichste Klown ihn hätte beneiden können. Etwas gestört wurde leider die Wirkung durch eine langweilige Rede des Herrn Richter, der den Herrn Liebermann ernst nahm und diesem eine unerwartete und unverdiente Freude bereitete. Diefelbe dauerte indeß nicht lang, denn der Sozialdemokrat Stadthagen hielt den Herren Antisemiten einen Spiegel vor, in dem sie natürlich nichts Schönes und Liebliches sahen, und sprach recht anzüglich von antisemitischen Wuchern und christlichen Kornwuchern. Und der Fortschrittler Münch, der die verfallenen Ehrenscheine eines gewissen judenheuerischen Ex-Lieutenants in der Hand hatte und dem Hause vorzeigte, verdrarb vollends den Liebermann'schen Humor. — Die moralische Abschachtung eines Hanswursten und Klowns ist kein tragisches Ereigniß, der Reichstag hatte sich einmal ganz gut amüfirt, und als Herr Böckel aus Aergern, daß man ihn nicht anhören wollte, den glücklichen Einfall hatte, die Beschlußfähigkeit des Reichstages anzuweisen, da erreichte die vergnügliche Stimmung den Höhepunkt — die Sitzung hatte lang genug gedauert, man konnte nach Hause gehen oder sonst wohin, wo's schöner ist als in diesem muffigen, stickigen Reichstag.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr: Branntwein-Steuer.

Zur Invalidentät- und Altersversicherung ist von Mitgliedern aller Parteien im Reichstage folgender Gesetzentwurf eingebracht worden:

Artikel I.

Der § 157 des Gesetzes, betreffend die Invalidentät- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 97), erhält folgende Fassung:

§ 157.

Für Versicherte, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes das 40. Lebensjahr vollendet haben und den Nachweis liefern, daß sie während der dem Inkrafttreten dieses Gesetzes unmittelbar vorangegangenen drei Kalenderjahre insgesammt mindestens 141 Wochen hindurch thatsächlich in einem nach diesem Gesetze die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnisse gestanden haben, vermindert sich die Wartezeit für die Altersrente (§ 16, Ziffer 2), unbeschadet der Vorschriften des § 82, um so viele Beitragsjahre und Beitragswochen, als ihr Lebensalter am 1. Januar 1891 das vollendete vierzigste Lebensjahr überstiegen hat. Ist die Zahl der überschüssigen Wochen höher als siebenundvierzig, so sind neben der Vollzahl der Jahre nur siebenundvierzig Wochen in Anrechnung zu bringen.

Artikel II.

Dieses Gesetz tritt mit der Wirkung vom 1. Januar 1891 ab in Kraft. Ueber Anträge auf Gewährung von Altersrente, welche im Widerspruch mit Artikel I endgültig abgelehnt worden sind, haben die Versicherungsanstalten von Amts wegen unter Anwendung des Artikels I erneute Entscheidung zu treffen.

Dem Entwurfe ist eine eingehende Begründung beigegeben. Wir kommen auf diese wichtige Verbesserung des Gesetzes noch zurück.

Zu den deutsch-österreichischen Handelsvertrags-

Verhandlungen liegen folgende Meldungen aus Wien vor: Das „Fremdenblatt“ meldet: Die Delegirten für die Vertragsverhandlungen treten heute zu der voraussichtlich letzten meritorischen Sitzung zusammen, in welcher über den einzigen noch kritischen Punkt, welcher von Anfang an und noch in den letzten Tagen intensive Verhandlungen veranlaßte, Vereinbarung getroffen werden soll, worauf in den nächsten Tagen das Schlussprotokoll unterzeichnet wird. Ein Theil der deutschen Kommissare, die Herren Huber, Händle und Mosler, sind bereits gestern nach Berlin gereist, um die Instruktionen für die Mitte Mai beginnenden Verhandlungen mit der Schweiz eingeholen.

Nach einer Meldung der „Presse“ wäre die Paraphirung des Handelsvertrages mit Deutschland am Freitag, den 1. Mai, zu erwarten.

„Das wäre vielleicht das Beste,“ flötete Wesa, welche seine funkelnden Augen nicht sehen konnte. Denn er war an den Eckschrank gegangen, aus dem er die Schnapsflasche nahm und einen tüchtigen Zug that.

„Ein ander Mal mehr davon,“ sprach er, die Flasche fortstellend, in den Schrank hinein.

„Ja, überleg's Dir,“ sagte sie, indem sie aufstand, beide Hände in die Hüften stemmte und den Oberkörper reckte. „Wenn Du willst, kannst Du ja alles wieder gut machen. Sie glauben's auch — er wenigstens glaubt es — ich hab's vom Jerg — weil Du wegen der Heirath nicht an das Gedicht gegangen bist.“

„Glaubst er?“ schrie der Bruder mit flammendem Gesicht. „Ist der Klosterbauer ein solcher Schwachkopf?“ Er schlug eine wühlende Hohnlache auf.

„Mein Himmel, wie kannst Du Dich über die Geschichte bloß noch immer so ärgern?“ entgegnete Wesa mit einem Achselzucken. „Daß Dich Keiner biegt, wenn Du es nicht selbst willst, das weiß Jeder. Der Jerg weiß das auch und hat deshalb einen gar großen Respekt vor Dir, ja. Und jetzt behüt' Dich Gott, lieber Bruder. Adies!“

Der Klosterbauer dankte ihr nicht für den frommen Wunsch, mit dem sie ihn selbstzufrieden verließ. Sie konnte auch zufrieden sein, hatte sie doch ihrem Bruder wie immer zu Munde geredet und dennoch ihr Stücklein gefördert. Jerg würde sie loben, der hatte eine viel bessere Meinung von ihrer Klugheit, als ihr Bruder. Das war ein bösser Mensch und spottete nicht wie Ambros über ihr gutes Herz. Nur dieses war schuld, daß sie sich geduldig vor ihm hatte hänseln lassen und wie alle klugen Leute, wenn sie vom Rathhaus kommen, ermunerte sie sich jetzt ganz genau, daß sie ihrem Bruder mehr wie einmal vorausgesagt hätte: „Gieb Acht, der Ambros macht uns Allen noch einmal Unehre.“ Nun war es eingetroffen und sie konnte ihre Hände in Unschuld waschen. Sie that es, und war im Reinen mit Ambros. Ihr Bruder war es noch lange nicht. Er wehte immer noch seinen Groll, als ob er noch nicht scharf genug wäre. Die Zeit füllte die Luft nicht aus, die ihn von Ambros trennte, sondern erweiterte sie. Wie hatte er sich leichter gefühlt, als an jenem

Der Welfenfonds-Skandal wurde in der gestrigen Sitzung des Landtags gestreift. Herr von Capriovi spielte das Prävaricare, kam der fortschrittlichen Interpellation zuvor, und überraschte die oppositionellen Abgeordneten, wodurch er es erreichte, daß der Kern der Frage gar nicht berührt ward. Die ungelegliche Verwendung der 350 000 M. durch den Ex-Reichskanzler kam gar nicht zur Sprache, und Alles, was wir erfuhren, war, daß die Belege regelmäßig verbrannt wurden und daß die Regierung, nach anderweiter Bestimmung über den Welfenfonds ihre besondere Geheimfonds vermehren will (ins Jahnische) — und das Alles hatten wir auch schon vorher gewußt. Die Debatte, insbesondere das Auftreten Capriovs wird entschieden Widmarck's und seiner „Hamburger Nachrichten“ Beifall erndten. Herr v. Capriovi deckte alles, was Widmarck mit dem Welfenfonds gethan hat. Angenehm mag ihm das nicht gewesen sein, aber er trägt nun mit die Verantwortung für alle Bestimmungen des Welfenfonds. Die Haltung der Freisinnigen in der Debatte erinnert an das Sprichwort von der Suppe, die nie so heiß gegessen wird, als sie gekocht wird. Herr Richter hielt sich ganz gegen seine Gewohnheit im Hintergrund und Herr Richter sprach so, als wenn an den Gerüchten von seiner Ernennung zum Oberpräsidenten wirklich etwas Wahres wäre. Die Landräthe im Landtage werden ihn um die Art seiner „Opposition“ beneiden haben.

Zur Frage der geheimen Fonds stellt sich auch die freisinnige Partei keineswegs so abweisend, als man nach den großen Reden und bestigen Artikeln der freisinnigen Presse gelegentlich der Dötticher-Affäre hätte erwarten müssen. Wüßten wir nicht bestimmt, daß die Expedition der „Freisinnigen Zeitung“ noch einige Tausende Exemplare von Richter's Welfenfonds-Rede aus Lager hat, wir würden Herrn Richter ein Exemplar derselben zur Auffrischung seines Gedächtnisses übersenden.

Herr Richter, der seine Irreführereien und Räpkeleien nicht lassen kann, fährt fort, auf die Sozialdemokraten in der ihm eigenen Art zu schimpfen, wobei es ihm auf eine Lage und ein Denunziationsstück mehr oder weniger nicht ankommt. Jetzt behauptet er mit der ihn auszeichnenden Unkenntniß des Wesens der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“ betriebe ein „Hah gegen die Ferienkolonien der Schulkinder.“ Daß die Sozialdemokratie Ferienkolonien für alle Schulkinder befürwortet, ja noch viel weiter geht, und ein Volkverzehungs-System anstrebt, welches „Ferienkolonien“ für Schulkinder ganz überflüssig machen würde, und daß sie bloß gegen das jetzige planlose Privatwohlfühltheits-Spiel sich wendet, das mit den Ferienkolonien getrieben wird und nur wenigen Kindern zu Gute kommt, — das geht natürlich über den Horizont des Irreführers, den belehren zu wollen, ein hoffnungsloses Unterfangen wäre. Nun — er wird und mag fort-schimpfen: für grobe Klöße haben wir grobe Keile, und für jeden zur Noth auch anderthalbe und mehr, aber wir möchten wissen, was die Partei des Herrn Richter zu diesem Un-sug sagt, der ihren Interessen sicherlich ebenso wenig förderlich ist, wie ihrem Ansehen. Wir wollen bloß an die fortschrittlichen Mandate erinnern, die sozialdemokratischer Unterstützung geschuldet sind, während die Sozialdemokratie kein einziges Mandat von Fortschritt, oder irgend einer anderen Partei Gnaden hat und nicht haben will.

Wieder eine Rus für den manchesterlichen Aufstauer. — Der amerikanische Senator Juggals sagte in einer vielbesprochenen Rede, welche er am 15. Januar d. J. im Senate zu Washington hielt:

„Nach einer sorgfältigen Abschätzung glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Gesamtreichthum unseres Landes sich, in runder Summe, auf hunderttausend Millionen (100 000 000 000) Dollars beläuft. Das ist genug, um jeden Mann, jede Frau, und jedes Kind unter dem Sternenhimmel glücklich zu machen. Es ist genug, um jeder Familie ein autönommes Leben zu sichern, — und doch haben wir Tausende und Tausende in diesem Land, die sich keinen Tag im Jahre satt essen können.“

Hunderttausend Millionen Dollars sind viermal-hunderttausend Millionen Mark. Diese Summe dividirt durch 60 Millionen — die Bevölkerungszahl Amerikas — ergibt nach Adam Riese pro Kopf der Bevölkerung 1666 Dollars,

Tags, an welchem Kaspar Larzeit gestorben war. Er hatte sich eine Halbe von seinem besten Rothwein aus dem Keller bringen lassen und den Tod des bitter Schafften als einen Sieg gefeiert. Und nun sollte er dennoch der Unterliegende sein? Sollte all sein Hab und Gut dem Kaspar Larzeit in seiner Tochter zufallen? Darüber konnte er nicht hinwegkommen. Er war eines Tages nach Brunck gefahren, um bei dem dortigen Advokaten sich zu erkundigen, ob die Ehe seines Sohnes nicht ganz und gar für nichtig erklärt werden könnte? Der Advokat hatte ihm dasselbe gesagt, wie Herr Moltenbecker. Daß er selbst den Trost seines Sohnes krönen sollte, wenn auch erst auf dem Todtenbette, konnte ihm nicht zugemuthet werden, und er würde schon damals in Brunck Ambros testamentarisch von der Erbfolge ausgeschlossen haben, wäre Bisei kein Mädchen gewesen. Sie zur Erbin des Klosterhofes einzusetzen, mit dem Gedanken konnte er sich nicht versöhnen. Das wäre gleichbedeutend mit dem Erbschen der Falkner als Klosterbauera gewesen. Es kam ihm wie ein Selbstmord vor, wenn er den Besitz des Klosterhofes auf Bisei übertrug, aber er fand trotz allem Größeln keinen Ausweg. So viel stand jedoch bei ihm fest, daß Wolf Lechner den Klosterhof niemals erbtathen sollte, und, mißtrauisch wie er war, bildete er sich ein, daß der Schmied in der Stille darauf spekulirte.

Als Wolf mit Bisei, die er aus der Mühle abgeholt hatte, auf den Hof kam, sah der Klosterbauer auf der Bank hinter dem Tische und las. Ein dünnes, gelbes Taglicht leuchtete ihm. Es war der Kalender auf das Jahr 1808, zu Brigen, der Bischofsstadt, auf grauem Bispapier soeben in Druck gelegt, in welchen er vertieft war oder zu sein schien. Er hielt ihn mit beiden Händen weit von sich und bildete mit den Lippen die Worte, die er las. Er ließ sich durch den Gruß seiner Tochter und ihres Bräutigams nicht stören und diese setzten sich Hand in Hand auf die Fleubank und flüsteren miteinander. Nach einer Weile legte der Klosterbauer den Kalender hin, rückte sich die Mütze in die Stirn und fragte, nach seiner Pfeife langend, die neben ihm auf dem Tische lag:

„Jetzt, was denket Ihr zu thun?“ Forts. folgt.)

über 6664 M. — und für die Familie von fünf Köpfen 8880 Dollars oder 33 320 M. — das heißt genug, um im heutigen Staat ohne Arbeit, bloß von den Zinsen zu leben und besser zu leben als die Masse der Arbeiter heute lebt. Natürlich im sozialistischen Staat, wo die Faulenzerei mit samt dem Beutel- und Kupon-schreiben „abgeschafft“ ist, würde das Eigentum ohne Arbeit nicht viel nützen. Indes wie dem nun sei: so viel steht fest, daß selbst bei der heutigen unvollkommenen Produktionsweise der bei gleicher Verteilung auf jeden Einzelnen kommende Anteil am Nationalreichtum so groß wäre, daß ein Jeder — falls die allgemeine Rändererei in dieser besten der Gesellschaften abzuschaffen wäre, was leider nicht möglich — daß ein Jeder sich einer sehr behaglichen Existenz erfreuen könnte. —

Zum Kampf mit „geistigen Waffen“. Ein sächsisches Ordnungshämmer-Organ, die „Bauener Nachrichten“, schreiben die sämtlichen Ordnungshämmer-Organen des Landes der Gemüthlichkeit drucken es ab):

„Bauern. Der Plan der Sozialdemokratie, die Land-Neue Bevölkerung in ihre verderblichen Reue zu ziehen, wird immer systematischer betrieben. An der Gewinnung der Dorfschulen-Besitzer und Pächter wird von ihren Sendlingen besonders gearbeitet, um so durch dieselben auf die Tage-Arbeiter und Knechte, die dort oft verkehren, ungesunden einwirken zu können. Bei dem Schenkenspäcker eines Dorfes in unserer Nähe ist es ihnen bereits leider gelungen. Bei einem Schenkensbesitzer in der Parochie Gdda mußte aber ihr Agent mit Schimpf und angeschwollenen Backen abziehen u. s. w.“

„Wfo der Agent“ wurde körperlich mißhandelt — nach dem Rezept der Freiherrn von Friesen und Konforten. Wir legen's zum Ueberigen. —

In Sachsen hat bekanntlich das Ministerium alle öffentlichen Umzüge zur Maiseier verboten. Sehr zeitgemäß bringt der Leipziger „Wähler“ das Schreiben zum Ausdruck, welches der Amtshauptmann (Landrath) Plagmann am 2. Mai vorigen Jahres an das Festkomitee in Leipzig richtete, um seinen Dank für die musterhafte Ordnung, mit der die Feier verlaufen war, auszusprechen. Nun — wenn die Behörden sich nicht einmischen, wird in solchen Fällen stets die musterhafteste Ordnung herrschen. Herr Plagmann aber soll für jenes Dankschreiben eine Nase bekommen haben — jedenfalls segelt das neue sächsische Ministerium im „alten“ Kurs des Herrn Kofitz-Ballwitz traurigen Andenkens. —

In Riesa (Sachsen) kam es vorigen Donnerstag, wie wir im „Leipziger Tageblatt“ lesen — in diesem Fall einer unerdächtigen Quelle — zu einer mörderischen Prügelei, mit thätlichem Widerstand gegen die Staatsgewalt — kurz, was man einen Aufruhr zu nennen pflegt. Nur daß es leider nicht Sozialdemokraten waren, sondern — Soldaten, die ja gegen Sozialdemokraten helfen sollen, wie gewisse Staats-Schlaumeier sich einbilden. —

Der Vergarbeiterstreik wird von den biederen Kohlenbaronen nach Kräften fruktifiziert. Der verschärfte § 153 genügt schon nicht mehr. — Die „Rheinisch-westphälische Zeitung“, das prozigste Organ dieser Prozen-Gesellschaft, fordert in seiner gestrigen Nummer sogar die Verbanung (Landesverweisung) aller „Hezer“. Nun, wir haben gar nichts dagegen einzuwenden, inwiefern die Herren Kohlenbarone die schlimmsten „Hezer“ sind. Würden diese Patrone nach Kamerun oder in sonst eine liebliche Kolonie verschickt, so geschähe ihnen Recht und wir hätten Ruhe im Land. —

Ueber die künftige französische Zollpolitik wird aus Paris telegraphiert:

Die gemäßigten Zolltarife scheinen alle Aussicht zu haben, angenommen zu werden. Die Kammer ist bereit, der Regierung weitgehende Unterhandlungsfreiheit mit auswärtigen Mächten zu gewähren. — Freinet erklärte gegenüber Marcellier Abgeordneten, das Kabinett werde die Vertrauensfrage bezüglich der Zolltarife nicht stellen. —

Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Budapest, daß in Orsova ein 30- bis 40-jähriger Mann, Namens Glifow, von ungarischen Gendarmen verhaftet worden, der geständig sei, den Minister Deltsech unter Mithilfe zweier Komplizen ermordet zu haben. —

Aus Valparaiso (Chile) wird gemeldet, daß am Dienstag Abend eine Dynamitbombe in Valmaceda's Palast geworfen wurde. Die Bombe explodirte, es wurde aber Niemand verwundet. Der Attentäter ist bisher unbekannt geblieben. —

Zur Maiseier.

Die Nachrichten häufen sich immer mehr, die aus dem Ausland sind vor allem dadurch bemerkenswerth, daß in denselben die Anarchisten eine so große Rolle spielen. Wer wie wir weiß, daß in ganz Europa kaum ein paar Duzend dieser merkwürdigen Sorte von Menschen existirt, der muß annehmen, daß die zahlreichen Anarchisten, über deren Pläne der offiziöse Trakt so viel zu melden weiß, wohl aus den Polizeidirektionen der betreffenden Staaten stammen und ihre Begeisterung und ihren Eifer sich aus den verschiedenen Geheimfonds in laarer Mänze auszahlen lassen. Wir geben auch die Meldungen über die verschiedenen „anarchistischen“ Anschläge für den 1. Mai wieder, bitten aber unsere Leser, das hierüber bemerkte im Auge zu behalten.

Die wichtigsten Meldungen aus Deutschland sind die folgenden:

Aus Neustadt a. S. meldet die „Frankf. Ztg.“: Das hiesige Bezirksamt hat als Distriktpolizei sieben unter Berufung auf das Vereinsgesetz den Umzug der Sozialdemokraten am 3. Mai als eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verboten und das Verbot auch auf das beabsichtigte Waldfest, sowie den abendlichen Ball ausgedehnt. Es wird morgen Rekurs an die Regierung in Speyer ergriffen.

Aus Hirth (Bayern) wird uns geschrieben: Der Magistrat hat einen für den 3. Mai projektierten Festzug verboten und das Bezirksamt hat sich diesem Verbot angeschlossen. Gründe wurden dem Vorsitzenden des Festkomitees nicht publiziert. Wahrscheinlich wurde es den Behörden schwer, für dieses Verbot Gründe zu finden. Gegen Sozialdemokraten kann man sich ja solche Willkür erlauben.

Aus Offenbach wird gemeldet: Auf die Beschwerde an das Kreisamt gegen den absehenden Bescheid der hiesigen Polizeiverwaltung wegen Abhaltung eines Zuges der hiesigen Fach- und Unterstützungsvereine am 3. Mai erhielt der Beauftragte folgenden Bescheid:

Großherzogliches Kreisamt.

Offenbach a. M., 27. April.
Ew. Wohlgeboren erwidern wir auf die gefällige Eingabe vom 24. d. M. ergebenst, daß wir dem gegen das von der hiesigen Ortspolizei-Behörde erlassene Verbot eines Umzuges mit Musik am 3. Mai d. J. erhobenen Rekurs stattzugeben nicht in der Lage sind, weil die Ausführungen der Eingabe zutreffend nicht erscheinen.

An
Herrn Heinrich Heilmann
hier.

Da ein fast gleichlautender Bescheid auch dem Darmstädter Komitee zugegangen ist, so ist es wohl ziemlich unzweifelhaft, daß der Bescheid zu den „merkwürdigen“ Verboten von dem Groß- Ministerium ausgegangen ist. Nun die sozialdemokratischen Abgeordneten werden ja in der Kammer Aufklärung über diese Angelegenheit verlangen. Unser liebes Hessenland ist jetzt gerettet!!

Dem Vorstande der Kommission des Sozialdemokratischen Volksvereins zur Vorbereitung der Achtstundendemonstration in Elberfeld ging gestern Abend folgendes Schriftstück zu:

Elberfeld, den 28. April 1891.
Nachdem die Polizeibehörde in Barmen den dort für den 3. Mai in Aussicht genommenen Umzug heute endgiltig untersagt hat, verbietet die Rücksicht auf die öffentliche Ordnung, den für hier beabsichtigten Umzug zu gestatten.

Der Oberbürgermeister:
ges. Jäger.

Arbeiter! Handwerker! Bürger! bemerkt die „Freie Presse“ dazu: Am Abend 4 Wochen befindet sich der Vorstand obengenannter Kommission im Besitze eines Schreibens des Herrn Polizeipräsidenten, wonach der Demonstrationzug durch von der Polizeibehörde bestimmte Strafen gestillt war, nachdem der Sprecher der Kommission, Herr G. Meyer, mit Namensunterschrift im Auftrage der Kommission, sowie des ganzen Volksvereins für die Aufrechterhaltung der Ordnung eingetreten war. Und jetzt auf einmal dieses Verbot mit der klaffenden Begründung, wonach unter Hinweis auf den in Barmen verbotenen Umzug auch der hiesige Umzug auf die öffentliche Ordnung zu verdrängen ist. Wohl sind auch in einer Anzahl anderer Städte der preussischen Monarchie öffentliche Umzüge verboten worden, aber hier ist das Verbot, nachdem die Kommission die Genehmigung schon in Händen und alle Vorbereitungen getroffen hatte, umso unbegreiflicher, als die Behörde durch öffentliche Bekanntmachungen weiß, daß der Verein zur Ausgestaltung der Demonstration sich Kosten angesetzt hat und seit länger denn vierzehn Tagen die bei der Behörde angemeldeten Inschriften, welche als Transparente im Zuge getragen werden sollten, der Genehmigung warten. Hier, wo es sich um die Arbeiterpartei handelt, die zu einer friedlichen, aber imposanten Demonstration sich vereinigen will, um für eine vorzunehmende Kulturthat, die Bekämpfung der Arbeitszeit, die Einführung des Achtstundens-Arbeitstages zu demonstrieren, vertrieht die Behörde sich hinter den Beschluß der Nachbarstadt Barmen, weil auch diese einen Umzug verboten hat. Dieses Verschließen hinter den Barmen Beschluß ist um so merkwürdiger, als die Stadt Elberfeld sonst immer strenge darauf steht, der Nachbarstadt Barmen nichts nachzugeben und eine gewisse Führerrolle in dieser Städtegruppe behauptet. Es ist bedauerlich, daß die Behörde Elberfelds durch das Verbot sich um den Ruf der Toleranz gebracht hat, den sie bisher unbestritten besaß.

Die Parteigenossen in Köln a. Rh. richten an das dortige Polizeipräsidium ein Gesuch, am 3. Mai zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags einen Umzug durch die Stadt abhalten zu dürfen. Dasselbe wurde rechtzeitig bewilligt, ob es nach berühmten Mustern noch nachher verboten wird, ist abzuwarten.

Aus Oesterreich liegt folgende Meldung vor:
Der Prager Polizeidirektor hat sämtliche Polizeikommissare zu sich berufen, um sich mit ihnen betreffs der Maßnahmen am 1. Mai zu besprechen. Alle Arbeiterversammlungen sind an diesem Tage verboten, mit Ausnahme jener der Metallarbeiter in Bubna.

Der „Politik“ zufolge ist gestern gegen den Pfarrer Bischoff in Kladsno ein Dynamit-Attentat von ansehendem (?) der Anarchisten-Partei (?) angehörenden Arbeiter verübt worden. Im Pfarrhause wurden mehrere Fenster zertrümmert und die Mauer beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden, da die Hausbewohner noch im Hintergebäude schliefen. — Daß es in Oesterreich keine Anarchisten giebt, weiß die „Politik“ ebenso gut, wie wir, aber auf eine Lüge mehr kommt es einem verlogenen Blatte nicht an, besonders, wenn man den Arbeitern etwas am Zeuge ficken kann. —

Bourgeois bleibt Bourgeois, ob er im heiligen Rußland oder im konstitutionellen Deutschen Reich, oder im parlamentarischen England, oder in der freien Schweiz lebt, dies ersieht man auch aus den Debatten des Basler Großen Rathes über die Maiseier, aus denen wir das wesentlichste wiedergeben wollen:

Das Basler Baudepartement hatte im Einverständnis mit der Regierung beschlossen, seinen Arbeitern für den 1. Mai ein bezahltes Gesuch hin, sofern die Verhältnisse es gestatten, Urlaub zu gewähren. Dies veranlaßte den Spenglermeister Kaufmann, die Regierung über diesen bekannt gewordenen Beschluß zu interpelliren. Der Vorsteher des Baudepartements, Regierungsrath Falkner, bestätigte die Angaben und rechtfertigte sie durch die bisherige Uebung bei Urlaubsgesuchen. Der Interpellant erklärte sich nicht bestrebt und stellte den Antrag, der Große Rath solle mit Dringlichkeit die betreffende Verfügung des Baudepartements aufheben. Mit großer Mehrheit wurde die Dringlichkeit beschlossen und die Behandlung des Antrages auf den Nachmittag verschoben. Punkt drei Uhr stellte sich der Rath fast vollständig ein. Valermeister Vogt, Vizepräsident des Gewerbevereins, motivirte den Antrag auf Aufhebung der Verfügung des Baudepartements. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag Göttscheims angenommen, die Regierung, weil sie kompetent gehandelt, nicht zu desavouiren, dagegen die Feier des 1. Mai statt des 3. Mai als unnütze Provokation zu erklären.

Die Abstimmung ergab in der Schlussabstimmung 68 Stimmen für die motivirte Tagesordnung Göttscheims.

Aus Paris liegen eine Reihe Depeschen vor, welche wir hier wiedergeben:

Gestern Abend um 9 Uhr hat der Generalausschuß für die Maiseier das Programm für den 1. Mai festgelegt. Darnach sollen überall Maueranschläge Arbeiter und Arbeiterinnen auszuweisen, energisch Minimallösungen und den Achtstundentag zu fordern. Paris möge hinter London, Berlin, Brüssel, Mailand, Barcelona, New-York nicht zurückbleiben. Die Forderungen sollen solidarisch gestellt werden, falls man sie verweigert, mögen die Arbeiter sie faktlütig auf revolutionärem Wege erzwingen. Sämtlichen Behörden werden am 1. Mai die gedruckten Forderungen persönlich überreicht werden. Eine Abordnung der Departements wird eine auf die Forderungen bezügliche Petition der Kammer und den Ministern überreichen. Abends soll eine anarchistische Kundgebung auf dem Place de la république versucht werden, obwohl der Polizeipräsident die strengsten Maßregeln angeordnet hat.)

Bei dem gestern stattgehabten Jahresbankett der Syndikatskammer, an welchem gegen 500 Personen theilnahmen, wies der Kammerpräsident Floquet in längerer Rede auf die am 1. Mai zu erwartenden Kundgebungen hin und bemerkte, die Republik dürfe unter keinen Umständen mit der Gewaltthätigkeit paktiren und fügte hinzu, die soziale Frage sei eine Lebensfrage ersten Ranges, die mit Eifer studirt werden müsse. Floquet gab der Hoffnung Ausdruck, es möge sich aus dem Sozialismus eine Politik entwickeln, welche alle

Bürger vereinige, und fügte, indem er die berührte, hinzu, der Handelsminister werde die alle Interessen des Landes wohl zu vertheidigen wissen, und, nöthig, werde das allgemeine Stimmrecht den einschlägigen Weg bezeichnen. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Deputirten Ledieu und Faisty wurden hents Vormittag von dem Minister des Innern Gonstant empfangen und gaben die Versicherung ab, daß die Grubenarbeiter von Pas de Calais hinsichtlich des 1. Mai durchaus friedliche Absichten hätten.

Ein anarchischer Maueranschlag fordert die Polizei auf, die Regierung zu verlassen und sich der revolutionären Bewegung anzuschließen.

Paris, 30. April. Aus zahlreichen, mittleren Provinzialstädten werden Vorbereitungen der Arbeiter, den morgigen Tag zu feiern, gemeldet. Arbeiterdelegirte beabsichtigen, sich nach der Präfektur bezw. der Mairie der betreffenden Städte zu begeben, um Petitionen an die öffentlichen Gewalten zu überreichen. In verschiedenen Städten werden Festmahl, in anderen Ballgesellschaften veranstaltet. In vielen Orten läßt nicht eine Störung der Ordnung voraussehen. Gleichwohl sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen. Nach den größten Arbeiterzentren, in denen keine Garnison vorhanden oder die vorhandene Garnison nicht ausreichend ist, wie Roubaix, sind Truppen gesendet worden. — Der Präfekt von Marseille hat in einer Unterredung mit Delegirten der Arbeiter angekündigt, daß er keinerlei Kundgebungen zulassen würde. Die Delegirten erklärten, dennoch die geplante Kundgebung veranstalten zu wollen, da sie sich in dieser Beziehung gebunden hätten.

Paris, 30. April. Im heutigen Ministerrathe theilte der Minister des Innern Gonstant die Maßregeln mit, welche gegen etwa beabsichtigte revolutionäre Kundgebungen am morgigen Tage getroffen sind. Die Zahl der in Paris angesammelten Truppen sei größer als diejenige, welche alljährlich zur Reue in Longjumeau zusammengezogen wird. Eine Störung des Verkehrs würde ungenügend gebüdet werden. Der Minister bemerkt, der Kammerpräsident Floquet halte es nicht für notwendig, die Entsendung besonderer Truppen zum Schutze der Kammer zu verlangen. Alle Arbeitergruppen würden auf der Kundst der Kammer zur Ueberreichung von Petitionen zugelassen werden, unter der Bedingung, daß dieselben nicht durch mehr als 5 Delegirte vertreten wären.

Ueber die Verschiebung innerhalb des diplomatischen Korps anlässlich des Rücktritts des Botschafters in Petersburg, Laboulaye, ist noch keinerlei Entscheidung getroffen. Derselbe wird erst erfolgen, sobald Laboulaye dem Kaiser von Rußland nach dessen Rückkehr aus der Kräm sein Abberufungsschreiben überreicht haben wird.

Aus Belgien liegen folgende Meldungen vor, und zwar aus Brüssel:

Die Maiseier in den Industrie-Gebieten wird nahezu eine allgemeine sein, in den Städten eine theilweise. Im Lütticher Revier werden nach Angabe sozialistischer Blätter 12 000 Arbeiter feiern, während andere behaupten, die Zahl werde nicht 5000 übersteigen. „Reforme“ feht ihre Verhandlungen fort, dem General-ausschuß vorzubringen. Die Garnison von Charleroi ist um zwei Eskadrons verstärkt. Andere Eskadrons gehen nach Fontaine-la-Queque und Laminis ab, um so eine Verbindung der Ausschüden von Charleroi mit denen im Zentrum des Landes und im Sambrogebiet abzuschneiden. Morgen Abend um 6 1/2 Uhr findet hier eine Versammlung der Ausschüden in der Börse statt. Nach der Versammlung ist ein Strafenzug in Aussicht genommen.

Aus Chaleroi: Heute Abend sind zwei Schwadronen Lanziere von Brügge hier eingetroffen. Bis jetzt ist hier und in der Umgegend Alles vollkommen ruhig.

Auch aus Italien sind die Nachrichten wieder sehr zahlreich. Besonders hier läßt der Telegraph das halbe Duzend Anarchisten Italiens verlausenbuchen. Den Nachrichten ist größtes Mißtrauen entgegenzubringen. Depeschen aus Rom berichten folgendes:

Eine Regierungsverordnung verbietet den Arbeitern der Staatswerke, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Anarchisten fordern die Arbeiter auf, sich morgen in Traktoren einzufinden und von dort geschlossen durch die Stadt nach dem an deren äußersten Ende gelegenen Platz Santa Croce zu marschiren. Da Aufzüge verboten sind, wollen sie offenbar hiermit einen Konflikt provoziren. Die Polizei hat die umfassendsten Maßregeln zur Verhütung eines solchen getroffen.

Am Thore der Kavalleriekaserne in Palermo explodirte vorgestern eine mit Pulver, angefüllt auch mit Dynamit, gefüllte Blechfiste. Dar Feuer war mit einer Dunte gelegt worden. Nur geringer Schaden erfolgte; Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen. Gerüchtheilte verlautet, daß die Explosion von Anarchisten herbeigeführt sei.

Aus Lissabon in Portugal wird telegraphirt:

Gegenüber den friedlichen Versicherungen der Arbeiterführer hat die Polizei Arbeiterversammlungen für morgen gestattet. Obwohl man keine Unruhen befürchtet, so sind doch alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Weitere Depeschen über die Maiseier finden unsere Leser am Schlusse der 1. Beilage.

Korrespondenzen und Parteinahrichten.

Mathenow. Am 27. April fand hierelbst eine sehr stark besuchte öffentliche Versammlung des Vereins zur Erzielung vollstündlicher Wahlen statt, in welcher Genosse Peus aus Berlin über das Thema: „Der Gluch der Armuth“ referirte. Der Vortragende richtete der auch von vielen Frauen besuchten Versammlung, wie heuchlerisch das Gerüde von der glücklichen Armuth sei, wie alle menschenwerthen Kultur-eigenschaften des Menschen sich nur unter der Voraussetzung eines gewissen Wohlstandes entwickeln könnten. Der einseitige Reichtum freilich, der auf Kosten der vielen armen Arbeiter lebe, sei allerdings verderblich. Gewissenlosigkeit, Ideologien, Hochmuth, Dünkel, Eitelkeit, und äußerliche Scheinbildung gepaart mit Grausamkeit, Wollust, Dummheit und Heuchelei seien die verderblichen Folgen des einseitigen Reichtums. Nicht der Reichtum an sich, sondern der der Armuth gegenüberstehende Reichtum, die Kluft zwischen Reich und Arm sei die Ursache aller moralischer Laster der heutigen Gesellschaft. Werde daher durch die Ueberführung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln in Gemeineigentum der Gegensatz zwischen Reich und Arm aufgehoben, so sei eine unermeßliche Hebung der ganzen moralischen Kultur die zweifellose Folge. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und nachdem noch Peus auf die Wichtigkeit der Presse und die große Bedeutung unserer Zeit aufmerksam gemacht hatte, schloß die Versammlung nach einstimmiger Annahme einer entsprechenden Resolution mit einem dreifachen Hoch auf die den Gluch der Armuth aufhebende Sozialdemokratie.

Mainz, 30. April. Der Vertrauensmann der hiesigen Partei, Karl Konrad, wurde wegen Vergehens gegen § 190 des Strafgesetzbuches, begangen durch Sonderabdruck des Rostfischen Proletariatsliedes und der Arbeiter-Marseillaise für das Weihnachtstfest der Fachvereine von Mainz, zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Monate beantragt. Der mitangeklagte Redakteur der „Mainz. Volksztg.“, G. Sprenger, in dessen Druckerei die Lieder gedruckt waren, wurde freigesprochen.

Theater.

Freitag, den 1. Mai.
Spernhaus. Militaria.
Schauspielhaus. Der Bibliothekar.
Festung-Theater. Ultimo.
Berliner Theater. Der Weissen-
 fresser.
Deutsches Theater. Die Kinder
 der Ereclenz.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Saint Cyr.
Wallner-Theater. Des Teufels
 Weib.
Residenz-Theater. Dr. Jojo.
Volkstheater. Der Gift-
 mischer.
Thomas-Theater. Der Millionen-
 bauer.
Adolph-Graß-Theater. Adam und
 Eva.
Straussmann's Variété. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große
 Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Stadlfestament Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kaschank von Reichenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-
 Direktor S. Sanftleben
 unter Mitwirkung des
 Opernsängers u. Konzertmalers
 Signor Travieki aus Rom.
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks-
 und reichhaltigen Mittagstisch, sowie
 6 Billards, 8 Kegelbahnen und einen
 Saal zu Vergnügungen und Ver-
 sammlungen.
 703 F. Sodtke.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
 Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Ged. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23. 11-1 u. 5-9 U.
Knabe mit 2 Köpfen.
Esau-Lady.
 Im Spezialitäten-
 Theater 6-10 Uhr:
 Neu! Minnie Cah,
 10jährige Soubrette.
 Gebr. Forst, In-
 strumentalisten.
 Egr. Kappo, Jongleur. Illa Scherz-
 Laura Zimmermann. Sigmund Stein.
 Mr. Brighton.

Welt-Restaurant.

97. Dresdenerstraße 97.
 Täglich Auftreten der 150b
Norddeutsch. Sänger
 und des vorz. Ad. G. Södi als
Greifenberger.

Rheinländischer Tunnel,
 gen.: „Die ideale Nagelkiste“
 Berlin N., Elsassstr. 73,
 gegenüber der Bergstraße.
 Auschank von vorz. Lagerbier
 à Seidel 10 Pf.
 bei guter musikalischer Unterhal-
 tung u. aufmerksamer Bedienung.
 Urmüthliche Kneiperei.
H. Schulze (mit u. h.).
 Bestellungen auf Musik für
 jedes Vorkommnis werden im
 Lokal entgegengenommen. 565L

**Möbel, Spiegel und
 Polsterwaaren.**
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 29, Hof parkette.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.
 Klavierunterricht ertheilt Bettin, Dres-
 denerstr. 27, v. III r. Auf Violine erste
 Abgangsgründe. 625b

Neue Walhalla.

Sommer-Theater
 im Ausstellungs-Bauwerk Hasenhalde.
 Morgen: **Eröffnung.**
 Engagiertes Personal:
 Mons. Loissel mit seinen dressirten
 Klapperstörchen, Säsen und Affen.
 Madm. Clairmont, Schneid. Chansonette
 der Welt.
 Ardel u. West, gen. die „Zulu-Kings“,
 m. einer neuen hochkomisch. Pantom.
 Goschw. Bertini, Gesangs- und Tanz-
 Duettisten.
 Fri. Waldowski, weiblicher Komiker.
 Universal-Humorist Edl. Kennort, In-
 strumental- u. Gesangs-Komiker.
 Avellapos, span. Mandol. u. Gitarren-
 Quartett.
 Gustav Ross, Gesangs-Humorist.
 Kapelle:
 Musikdir. Bachhofer m. d. Hausorchester.
 Entree 30 Pf., Vorderl. 25 Pf., Par-
 quet 50 Pf., Sperrst. 75 Pf., Loge 1 M.
 Kassenöffnung 4 Uhr.
 Anf. d. Konzerts 8 Uhr, d. Vorst. 7/7 Uhr.

Vorläufige Anzeige:
**Berliner
 Hippodrom.**
 Größt. Vergnügungspark d. Residenz
 Am Kurfürstendamm, Ecke Joachim-
 thalerstr., Station Zoolog. Garten.
Mittwoch, den 6. Mai:
Eröffnungsvorstellung.
 Gänzlich neues Reit- u. Fahr-Pro-
 duktionen, Wettrennen, Steeple-
 Chase, Röm. Wettfahren u. Reiten.
Sam Lockart's
6 Riesen-Elefanten.
 Der Feuermenschen Revall!
 Die fliegenden Fernander,
 ferner Aufst. des gesammten
 Künstler-Ensembles.
 Im großartigen neu angelegten Parke
Grosse Militär-Konzerte.
 Anfang des Konzerts 4 Uhr,
 der Hippodrom-Vorstellung 7 Uhr.
 Am Himmelfahrtstage:
2 Vorstellungen.
 Um 4 und 7 Uhr. 653L

Bereinszimmer, großes und kleines,
 ist zu vergeben
 634L SW., Simeonstr. 23 b. Flick.

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Mai-Feier.
 Am Sonntag, den 3. Mai, Morgens 8 Uhr, findet in der
 Gräf. Reischach'schen Brauerei in Stralau
ein Frühschoppen
 statt, zu dem alle Freunde und Genossen mit Familie eingeladen werden.
 Treffpunkt: Am Schlesiſchen Thor früh Morgens 7 1/2 Uhr pünktlich.
 Von Nachm. 4 Uhr ab in den „Zentral-Festsälen“, Oranienstr. 180:
Ball, Festrede und Vorträge,
 unter Mitwirkung des Gesangsvereins „Freiſchling“ (Mitgl. des N.-S.-B.).
 Billets à 50 Pf. (inkl. Tanz) sind zu haben bei den Herren A. Wilde,
 Böckstr. 21, IV; A. Sündermann, Staligerstr. 122; A. Fricke, Adalbertstr. 58,
 und A. Ringe, Reichenbergerstr. 158.
 Um recht zahlreiche Theilnahme ersucht
 Der Vorstand.

Mai-Feier
 der
Drechsler und Berufsgen. Berlins
 am Sonntag, den 3. Mai,
 in Friedrichshagen (Seeschlößchen).
 Abfahrt: Schlesiſcher Bahnhof 6 30, 6 45, 7 00 auf Arbeiter-Retourbillets à 90 Pf.
 Marken zum Monatsfest sind zu haben beim Kollegen Plagens, Pärwald-
 straße 9, S. I. L., und am Sonnabend, den 2. Mai, in folgenden Zahlstellen:
 Dresdenerstr. 118, Restaur. Gröndel; Reichenbergerstr. 18, Rest. Vahold;
 Langestr. 84, Restaur. Giersch; Mariannenplatz 13, Restaur. Strohmeyer;
 Wendelschtr. 2, Restaurant Honseke; Joffenerstr. 35, Restaurant Salke;
 Straßunderstr. 20, v. I. beim Kollegen Freithaler. 196/15

Mai-Feier
 der
Zimmerer Schönebergs und Umgegend
 Verband deutscher Zimmerleute
Sonnabend, den 2. Mai cr.:
Familien-Kränzchen in der Schöneberger Schloßbrauerei.
 Anfang 8 Uhr. — Entree für Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.
Große öffentliche Versammlung
 der Maler,
Anstreicher u. Berufsgenossen Berlins u. Umgeg.
 am Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 8 1/2 Uhr,
 in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77-79.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Bedeutung des 1. Mai und der Achtstundens-Arbeitstag.
 Referent: Regierungs-Raumeister a. D. Herr Rehter. 216/5
 2. Abstimmung der Resolution.
 Die Festsetzung erhalten die Theilnehmer gratis.
 Um rege Theilnahme ersucht
 Der Vertrauensmann.

Marseillaise
 für Zither mit Text 50 Pf.,
 sowie größte Auswahl in Zithern, Violinen,
 allen Glasinstrumenten u. Musikwerken
 mit Marseillaise u. c. 1557L
August Kessler, Fauststr. 51.
 Theilzahlung gestattet.

Unserm Freunde und Genossen

Fritz Rogge
 zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreim-
 mal donnerndes Hoch! daß die ganze
 Luchardt'sche Bude wackelt und bei
 Paß alle Korven von den Weibier-
 krufen springen. Friße, Du machst
 den Zaucher und Otto den Fliegentanz.
 Det stimmt ganz bestimmt.
 642b Deine Freunde.

Tul & Nahila.

Am Montag zum Wiegenfest grüßt sein
 Mitglied 639b
Eduard Grantzow
 den „Tagendeschwestern“ zum Truh
Der Club der Paddhas.

Todes-Anzeige.

Mittwoch, den 29. d. Mts., Vor-
 mittags 8 1/2 Uhr, starb nach kurzem
 schweren Leiden meine liebe Frau,
 unsere gute Mutter
Mathilde Derda geb. Hartz
 im 43. Lebensjahre. Die Beerdigung
 findet Sonnabend, den 2. Mai, Vor-
 mittags 10 Uhr, vom Trauerhause,
 Anklamerstr. 44, aus statt.
 Um hilfes Beiseid bitten die trauern-
 den Hinterbliebenen.
A. Derda, Schuhmacher.

Zischler-Berein.

Sonnabend, den 2. Mai, Abd. 9 Uhr,
 Adalbertstr. 21, bei Rosl.
General-Versammlung
 Tagesordnung: 630b
 1. Kassenbericht vom 1. Vierteljahr.
 2. Bericht über die Bibliothek. 3. Ab-
 rechnung vom Ostervergnügen. 4. Be-
 schlussfassung über das diesjähr. Sommer-
 vergnügen u. Stiftungsfestes. 5. Unter-
 stützungsgesuche.
 Das Quittungsbuch legitimirt.
 Der Vorstand.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-1.

Achtung.

Den Mitgliedern der „Arbeiter-Bildungsschule“ zur Nachricht,
 daß die Schulen am 1., 2. u. 3. Mai der Maifestlichkeiten
 wegen geschlossen bleiben und den Unterricht erst am Montag, den 4. Mai,
 wieder beginnt. [109/16] Der Vorstand.

Grosse öffentliche Korbmacher - Versammlung.

am Freitag, den 1. Mai, Abends 9 Uhr, bei Rosl, Adalbertstr. 21.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Joseph über: „Die Bedeutung des 1. Mai.“
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Alle Kollegen werden dringend ersucht, zu
 erscheinen. [189/10] Der Einberufer.

Öffentliche Versammlung der Bildhauer Berlins

heute, 1. Mai, Abends 8 Uhr, bei Gaillard, Prinsenstr. 87.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Bedeutung des 1. Mai. 2. Bericht über die Thätigkeit der
 St.-K. Kommission. 3. Wahl der Delegirten zum Kongress der Bildhauer.
 4. Verschiedenes.
 NB. Die Marken für den Fonds der General-Kommission sind vom
 Freitag ab zu haben. 117/15
 Um rege Theilnahme bittet Die Kommission der Bildhauer.

Interessenverein der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 3. Mai: **Mai-Feier,**
Herrenpartie nach den Rüdersdorfer Kalkbergen
 unter Führung von Rüdersdorfer Genossen.
 Treffpunkt: Morgens 6 Uhr, Restaurant Märkischer Hof, Kopenstr. 8
 (Ecke Schlesiſcher Bahnhof). Abfahrt 6.31 nach Erkner, Arbeiter-Billets à 50 Pf.
 Nachzügler: Treffpunkt siehe Zirkular.
 127/3 Der Vorstand.

Achtung! Möbelpolierer!

Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr,
 in Breuer's Salon, Grosse Frankfurterstr. No. 74:
Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Möbelpolierer Berlins und Umgegend mit Damen
 zu Gunsten des Achtstundentages.
 Tagesordnung siehe im gekrigen Inserat.
 Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Sonntag, den 3. Mai:
Familien-Ausflug nach Friedrichshagen.
 Sammelpunkt früh 8 Uhr b. Henke. Abfahrt vom Schlesiſchen Bahnhof
 Punkt 7 Uhr. Arbeiter-Billets hin und zurück 90 Pf.
 231/11 J. A. der Kommission: C. Schönicke.

Freie Vereinigung d. Graveure u. Ciseleure.

Am 3. Mai:
Ausflug nach Friedrichshagen (Seeschlößchen).
 Da uns der geplante Separatung nicht gestellt wird, empfehlen wir die
 Benutzung der Arbeiterzüge. — Für Unterhaltung ist Sorge getragen.
 Der Unterzeichnete giebt jede gewünschte Auskunft in der heute Abend,
 1. Mai, vom Vertrauensmann bei Schmiedel's, Alte Jakobstr. 83, einberufenen
 Versammlung. 644b M. Hrbach.

Arbeiter-Mai-Feier für Weissensee und Umgegend

am Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus
 (Victoria-Saal), Charlottenburgerstraße,
 wozu die Arbeiter Weissensee's und Umgegend freundlichst eingeladen werden.
 334/18 Das Komitee.

Fachverein sämtlicher in der Musik- Instrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter.

Vereins - Versammlung
 am Sonnabend, den 2. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Salon, Bergstr. 69.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes.
 189/35 Der Vorstand.

Berein der Einseher (Zischler)

Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 3. Mai, Vormittags 10 1/2 Uhr, Neue Friedrichstraße 44.
Grosse Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Die Maifeier. 2. Verschiedenes u. Fragelasten.
 Gäste sind willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Ebenfalls machen wir bekannt, daß wir uns zur Mai-Feier dem Klavier-
 arbeiter-Verein angeschlossen haben, welche am Sonntag, den 3. Mai, Nach-
 mittags, in der Reischach'schen Brauerei in Stralau stattfindet und bitten
 daher, recht zahlreich an dieser Feier Theil zu nehmen. Der Vorstand.

Vergolder, Vergolderinnen und Berufsgen.

Am Sonntag, den 3. Mai 1891,
 findet in „Jakob's Restaurant“ (Trepow), Alte Köpenicker Landstraße,
die diesjährige Maifeier statt.
 Sämtliche im Gewert beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit
 Familien werden hiedurch eingeladen.
Festrede. Abstimmung der Resolution.
 Nachher: Tanz, abwechselnd mit interessanten Vorträgen.
 Treffpunkt: 1/2 Uhr am Schlesiſchen Bahnhof. 328/9
 Das Agitations-Komitee.

Fachverein der Binder.

Am Sonntag, den 3. Mai, Vormittags präzise 11 Uhr,
 in den Bürger-Sälen, Dresdenerstraße 96:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 246/13
 Die Bedeutung des 1. Mai.
 Die Festsetzung wird an der Kontrolle gratis vertheilt. Beiträge werden
 in dieser Versammlung nur von 10 bis 11 Uhr von dem Kassirer entgegen-
 genommen. — Um pünktliches Erscheinen bittet
 Der Vorstand.

Wähler des 17. Kommunal-Wahlbezirkes.

In kurzer Zeit steht unserem Bezirke die Stichwahl für die Kommunalwahl bevor.

Kandidat der sozialdemokratischen Partei ist unser bewährter Genosse, der Zigarrenfabrikant

W. Börner.

Es gilt, ihm zum Siege zu verhelfen und durch seine Wahl Protest zu erheben gegen die deutschfreisinnige Parteiherrschaft im rothen Hause.

Auf zu reger und unermüdlicher Agitation Das Wahlkomitee.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

111. Sitzung vom 30. April, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, v. Rathahn, von Marschall, Präsident des Reichs-Eisenbahnrats Dr. Schulz.

Eingegangen ist ein Nachtrag zum Etat für 1891/92. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung der zwischen dem Reich und Marokko am 1. Juni d. J. in Fez abgeschlossenen Handelskonvention.

Dieselbe wird in erster und zweiter Lesung akzeptirt. Es folgt die zweite Berathung des zwischen dem Deutschen Reich, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Oesterreich-Ungarn, Rußland und der Schweiz am 14. Oktober v. J. in Bern abgeschlossenen internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr.

Das Uebereinkommen wird in seinen einzelnen 60 Artikeln genehmigt, die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Die Gesehntwürfe betreffend die Prüfung der Rufe und Verschlässe der Handfeuerwaffen und betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern werden in dritter Berathung ohne Debatte endgültig genehmigt.

Mehrere Petitionen betr. Abänderung des Militärpensions-Gesetzes werden dem Reichskanzler als Material zu dem in Aussicht gestellten Gesetze überwiesen, desgleichen die Petitionen des ehemaligen Sergeanten Herzberger zu Darmstadt und Genossen wegen Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivil-Versorgungsscheins.

Verschiedene Darlehns-Kassensvereine des Regierungsbezirks Rassel, des Elsas und Bayers petitioniren um Revision und Verschärfung des Wuchergesetzes von 1880. Auf Grund einer Erklärung des Kommissars in der Petitionskommission beantragte letztere, diese Petitionen dem Reichskanzler als Material für eine etwaige Aenderung der betreffenden Gesetzgebung zu überweisen.

Abg. v. Strombeck beantragt die Ueberweisung der Petitionen zur Berücksichtigung bezw. zur Erwägung.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Die Wünsche der Petenten entsprechen einem Programmpunkt der deutsch-sozialen Partei, die ich hier vertritt, der Zeitpunkt für eine Revision des Gesetzes ist außerordentlich günstig, denn der Wucher greift in entsetzlicher Weise um sich, und die Beweise dafür sind überall mit Händen zu greifen. Die Früchte der Güterschlächtereit treten immer deutlicher zu Tage; der Wucher wirkt als ein Krebsgeschwür, der den ganzen Volkskörper zu vernichten droht. Trübt nicht bald Abhilfe ein, dann rückt die Gefahr einer sozialen Revolution immer näher. Bedauerlich ist es, daß die Landleute nicht in die Lage kommen werden, den sozialdemokratischen Revolutionären mit der Heugabel entgegenzutreten, denn auf diesem Wege würde mehr zur Befreiung des Landes von diesem Uebel gewirkt werden als auf irgend einem andern Wege. Macht die Regierung mit einer Verschärfung der Bestimmung jetzt Ernst, so wird sie auch eine große Majorität des Reichstages hinter sich haben, denn bis tief in die Reihen der Linken sitzen die Freunde einer solchen Verschärfung. Im Weiteren führt Redner für sein Verlangen die Berichte und Abhandlungen des Vereins für Sozialpolitik über die Wucherfrage und einzelne Spezialfälle von Verwucherung der Bauern durch jüdische Wucherer hauptsächlich aus Württemberg und Baden an. Nicht-Juden seien nur in ganz verschwindendem Prozentsatz an den dortigen Wuchergeschäften betheiligt. Die Berichte seien meistens noch schonfärberisch gehalten mit Ausnahme desjenigen aus dem Trierer Lande, den Kaplan Lasbach erstattet hat. Eine private Statistik, welche Redner im Kreise Friedeberg aufgenommen hat, ergebe, daß von 216 Güterschlächtern, die an den Ausschlächtern der letzten 13 Jahre betheiligt waren, 179 Juden waren. Dasselbe Verhältnis gelte für Schlesien und auch für Ostpreußen. Schaffen Sie uns den Judenwucher aus dem Lande, dann kann man mit Ihnen auch über eine Ermäßigung der Getreide- und Viehzölle sprechen! Die Bewohner des Sundgauens im Elsas haben seinerzeit die französische Regierung um Ueberführung der unter ihnen wohnenden Juden in andere Departements; ich würde eine ähnliche Maßregel für uns vorschlagen und lenke dabei die Aufmerksamkeit auf unsere australischen Kolonien! (Weiterkeit.) Ich empfehle den Herren, welche sich den Schutz des Judenthums zur Aufgabe gemacht haben, dieses heute von mir vorgeschlagene thatsächliche Material: hic Rictus, hic salta! (Große Weiterkeit.)

Abg. Ricker (Dfr.): Der Wucherer im schlechten Sinne ist ein elchhaftes, der öffentlichen Verachtung würdiges Geschöpf, darum besteht kein Streit. Die Aufhebung der Wuchergesetze war das Werk sehr christlicher, echt konservativer Minister, es sind dafür alle Parteien, namentlich aber die konservativen Männer des hohen Adels eingetreten. Nicht immer sind diejenigen die wahren Wohlthäter der Menschen, die mit solchen Sittlichkeitsphrasen in die Bevölkerung hineinrufen. Seit dem Wuchergesetz von 1880 haben die Verurtheilungen wegen Wuchers abgenommen, die Substantationen kleiner und mittlerer Güter ebenfalls abgenommen. Der badiische Verein gegen den Wucher in Karlsruhe verbannt seine Entstehung einem Juden; die Antisemiten haben in dieser Beziehung sehr wenig getan. Die Güterschlächtereit aus Hessen, welche die Herren früher produzierten, erstreckte sich auf einen Zeitraum von 34 Jahren! Von den gesammelten dort angeführten 96 Fällen steht in dreizehn dreißig bereits fest, daß es sich nicht um Vertreibung von Haus und Hof, um Vernichtung der Erbschaft durch Wucher gehandelt hat. Die Juden sind durch kaiserliche Edikte früherer Zeiten einfach gezwungen worden, Wucherer zu werden! (Lachen rechts.) Man ließ sie kein christliches Gewerbe betreiben. Wer das nicht weiß, kann in dieser Frage gar nicht mitreden. Die jüdische Moral in Bezug auf die Sittenlehre ist mitreden. Die jüdische Moral in Bezug auf die Sittenlehre ist genau dieselbe, wie die christliche. (Gelächter der Antisemiten.)

Abg. Schier (Df.): Die Auseinandersetzung der beiden Wortredner hat mit der Sache, die uns hier beschäftigt, nichts zu thun.

Den Petenten und auch uns ist es einerlei, welcher Religion der Wucherer angehört. Wir wollen den Schutz des wirtschaftlich Schwachen; reicht das Gesetz von 1880 nicht aus, so muß es verschärft werden.

Abg. v. Strombeck (Zentrum) befürwortet seinen Antrag auf Ueberweisung der Petitionen an den Reichskanzler zur Berücksichtigung.

Abg. Stadthagen (Soz.) spricht sich für diesen Antrag aus, es würde bare Thorheit sein, bloß den Judenwucher aus dem Lande zu schaffen, jede Art des Wuchers müßte ausgerottet werden. Auch die Vertheuerung des Brennweins zu Gunsten der Großgrundbesitzer, die Vertheuerung des Jutes, die Vertheuerung des Brotes durch Getreidezölle seien ganz ebenso Wucher, nicht minder die Lohnverweigerung, durch welche die Arbeitgeber die Arbeiter auf's Schwerste schädigen. Eine endgültige Lösung der Wucherfrage werde erst durch die Umgestaltung unserer ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung herbeigeführt werden.

Abg. Münch (Dfr.): Ich will jeden Wucherer, auch den christlichen verdammt haben. Daß Judenwucher sich mit Juden deckt, ist nicht richtig. Herr Liebermann von Sonnenberg hat von unsauberen Papieren gesprochen; ich habe hier Papiere vor mir, welche noch unsaubere sind; es sind Ehrenscheine, welche unterschrieben und nicht eingelöst sind. (Abg. Liebermann v. Sonnenberg: Lüge! Präsident v. Levekov ruft den Zwischenrufer wegen dieses ganz ungehörigen Ausdrucks zur Ordnung.)

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Diskussion wird genügend unterkühlt. Vor der Abstimmung befreit Abg. Bödel die Beschlußfähigkeit des Hauses. Das Bureau ist über die Nichtbeschlußfähigkeit einig, es muß also die Sitzung aufgehoben werden.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Kleinere Vorträge, Branntweinsteuer-Gesetz.)

Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 30. April, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Berlepsch, von Schelling und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt und zwar beim Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung und zwar bei den Einnahmen.

Abg. Schulz-Dupuis (Frl.): Allen Bestrebungen gegenüber der Arbeiterbewegung muß das praktische Christenthum zu Grunde dienen. Nicht nur Arbeitgeber und Arbeiter müssen zusammenwirken, sondern wir alle gehören zusammen, sind alle Kinder eines Volkes und blicken auf eine zweitausendjährige Vergangenheit unseres Volkes zurück. Den Wegen, welche uns der Große Kurfürst gezeigt hat, welche der große König, der gefagt hat: „Ich bin der erste Diener meines Volkes“, und die der erste Hohenzollernkaiser weiter verfolgt haben, müssen alle gebildeten Stände auch jetzt nachstreben, wie uns auch der junge Kaiser zu einer Sozialreform aufgefordert hat. Ich bin der Regierung dankbar, daß die Regierung jetzt den nöthigen Ernst entwickelt. Die Sozialisten greifen die Regierung an, weil sie sich mit den Arbeitgebern vereinigt hat — der Staat selbst ist doch der größte Arbeitgeber — die müssen Agitatoren lahmzulegen, die das Volk verführen. Damit hat sich die Regierung den Dank des Vaterlandes verdient. Aus Mangel an Arbeitskräften werden die Landwirthe von der intensiven zur extensiven Wirtschaft übergehen müssen. Die neue Ernte verspricht recht wenig, und sehr hohe Preise können eintreten, gleichviel, ob die Zölle suspendirt werden oder nicht. Wenn danach eine Gefundung der Zustände folgt, so bitte ich die Regierung, diese nicht dadurch zu unterbrechen, daß sie große Anleihen vergiebt, um irgendwelche Arbeiten machen zu lassen und Arbeiter zu beschäftigen. Die Regierung muß auch dann fest bleiben und die Arbeiter dahin weisen, wo sie Arbeit finden, auf das Land. Die Landwirthe geben zwar hartes aber immer noch ein Brot, an dem Jeder sich satt essen kann.

Der Titel wird bewilligt. Die Einnahmen aus den Bergwerken werden bewilligt. Bei den Einnahmen aus der Bergwerksabgabe fragt

Abg. Ritter (F.) ob der neue Handelsminister über diese Abgabe dieselbe Anschauung habe, wie Herr v. Maubach. Minister v. Berlepsch: Ich habe dieselben Anschauungen wie Herr v. Maubach. Wenn die großen Steuerreform-Gesetze abgeschlossen sein werden, wird der Finanzminister mit mir in weitere Berathung treten über die Reform der Bergwerksabgabe.

Abg. Schmieding (nl.) empfiehlt ebenfalls die Aufhebung der Bergwerksabgabe, die deshalb so drückend sei, weil sie eine Bruttoabgabe sei.

Die Einnahmen werden bewilligt; die Ausgaben rufen keine weitere Debatte hervor; sie werden einschließlich der einmaligen Ausgaben genehmigt.

Es folgt der Etat der Justizverwaltung. Beim Gehalt des Ministers wiederholt

Abg. Wiefenbach seine schon mehrfach vorgebrachte Bitte, daß die Zahl der etatsmäßigen Richterstellen vermehrt werden möge.

Geheimer Justizrath Eichholz: Wenn der Andrang der Affessoren nicht selbst nachläßt, wird die Regierung einen Gesehntwurf vorlegen müssen, wonach nicht Alle, welche die Prüfung bestanden haben, als Affessoren übernommen werden.

Auf eine Anfrage des Abg. Lucius-Erfurt (F.) erklärt der Justizminister von Schelling, daß auch er einen schnelleren Wechsel in den höheren Stellen des Justizdienstes wünsche, aber es verträge sich mit der Unabhängigkeit der Richter nicht, daß man sie wider ihren Willen pensionire. Man könne vielleicht dadurch helfen, daß man bestimmt, daß die Richter mit einem bestimmten Lebensjahre ohne Weiteres in den Ruhestand treten; es müßte allerdings dann über das 65. Lebensjahr hinausgegangen werden.

Abg. Ricker (Dfr.): Im vorigen Jahre wurde zur Sprache gebracht, daß der Oberlandesgerichts-Präsident von Breslau eine Verfügung erlassen habe, daß nach Möglichkeit Juden von der Verwendung zum Geschworenendienst ausgeschlossen werden sollen. Der Minister konnte damals keine Auskunft geben. Der Oberlandesgerichts-Präsident soll nachträglich noch seine Verfügung in Erinnerung gebracht haben.

Geb. Rath Lucas erklärt, daß eine Verfügung ähnlichen Inhalts allerdings ergangen sei; es habe sich herausgestellt, so heißt es in der Verfügung, daß jüdische Geschworene nicht die genügende Entschlossenheit und Festigkeit bewiesen haben; deshalb sind die Landesgerichts-Präsidenten aufgefordert worden, ungeeignete jüdische Elemente vom Geschworenendienst fernzuhalten. Sachlich war die Verfügung gerechtfertigt und zulässig. Aber in der Form war sie wohl verfehlt, und der Justizminister hat Veranlassung genommen, sie zu mißbilligen. Der Oberlandesgerichts-Präsident hat inzwischen die Verfügung thatsächlich zurückgenommen. Da Herr Ricker behauptet, daß sie noch angewendet werde, wird

der Minister Veranlassung nehmen, die Angelegenheit zu untersuchen.

Abg. Mundel (Dfr.): Daß man bei den jüdischen Geschworenen die Ungeeignetheit voraussetzt, ist doch etwas sonderbar. Gegen den Amtsgerichtsrath Alexander in Königsberg ist das Disziplinerverfahren eingeleitet worden, weil er einem freisinnigen Wahlverein angehört und auch in demselben gesprochen habe. Das Gericht hat allerdings sich nicht darauf eingelassen, zu beweisen, daß die freisinnige Partei eine reichsfeindliche sei. Ich hätte gern darüber eine rechtskräftige Entscheidung gehabt. (Weiterkeit.) Das Urtheil des Disziplinargerichts gebe dem Amtsgerichtsrath Alexander Recht, aber die Gründe geben ihm Unrecht. Der Justizminister wollte dieses Urtheil nicht kritisiren; wir stehen hier vor einer Lücke. Es muß dafür gesorgt werden, daß Rechtsmittel gegen solche Urtheile gegeben werden.

Geb. Rath Lucas erklärt, daß der Oberlandesgerichts-Präsident in Breslau nicht als Richter, sondern als oberster Justiz-Verwaltungsbeamter gehandelt habe; die Begünstigung auf den Fall Alexander ist also hinfällig.

Abg. Spahn bittet den Minister, dem Hause Exemplare der Gutachten der verschiedenen Regierungen über das neue Bürgerliche Gesetzbuch zur Verfügung zu stellen.

Minister von Schelling sagt die Erfüllung dieser Bitte zu.

Abg. Krause (nl.) empfiehlt eine Reform der Strafgerichtsfrage. Auch die Frage der Entschädigung unschuldig Verurtheilter werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, die Sühnepflicht des Staates muß festgesetzt werden. Preußen sollte seine dominirende Stellung im Reiche benutzen, um diese Fragen durchzuführen.

Abg. Zelle bittet den Minister, die Vorschriften über die Zulassung der Referendare einheitlich erfolgen zu lassen.

Abg. Stöder (F.): Es verdient hohe Anerkennung, daß ein hoher Staatsbeamter die Schänen zugiebt, welche aus dem Judenthum entstehen. Es giebt Leute, welche überhaupt das Mißtrauen haben, daß die Juden nicht objektiv sein können. Die jüdischen Richter können sich doch beruhigen. Juden werden jetzt schon Ober-Landesgerichtsräthe. Das ist keine geistliche Entwicklung.

Abg. Mundel (Dfr.): Herrn Stöder mag vor einem jüdischen Richter nicht wohl sein; aber einem Juden wird auch nicht wohl sein, wenn Herr Stöder der Richter wäre. (Zustimmung links. Zuruf: Wird verbrannt!)

Abg. Stöder (F.): Herr Mundel hat selbst zugestanden, daß die Juden über mich nicht objektiv urtheilen können. Ich glaube objektiv urtheilen zu können. Von christlicher Liebe weiß Herr Mundel nichts; bei ihm hat die Tausche auch nicht gewirkt.

Abg. Mundel: Von christlicher Liebe spricht Herr Stöder. Ich habe ihn und seinen Amtsbruder Witte verfehlt, habe den Prozeß beigelegt, indem ich und mein Kollege die Kosten für die Herren übernommen haben.

Abg. Stöder: Ich möchte auf den Prozeß Stöder verweisen. Da bin ich des Meinesdes geziehen worden, und Herr Mundel war der Hauptakteur dabei. Ich soll gezeugnet haben, einen Menschen gesehen zu haben, den ich gesehen in einer Versammlung, wo zweitausend Menschen anwesend waren.

Abg. Mundel: Herr Stöder hat gesagt: Ich sehe den Menschen zum ersten Male, mit einer Bestimmtheit, die man bei solchen Dingen nicht anwenden sollte.

Das Gehalt des Finanzministers wird darauf bewilligt.

Beim Kapitel Ober-Landesgerichte beantragt die Kommission, die für das Breslauer Ober-Landesgericht neu geforderte Stelle eines Senatspräsidenten zu streichen.

Nach längerer Debatte wird ohne Beschlußfassung die Berathung vertagt.

Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Zweite Abstimmung über den eine Verfassungsänderung enthaltenden Gesehntwurf wegen Abänderung des Wahlverfahrens; Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.)

Parlamentarisches.

In der am 29. d. M. unter dem Vorsitz des Vize-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher abgehaltener Plenarsitzung des Bundesraths gab vor dem Eintritt in die Tagesordnung der kgl. bayerische Bevollmächtigte Graf von Lerchenfeld Namens der Versammlung unter allseitiger Zustimmung dem Gefühl der Trauer über das am 24. d. M. erfolgte Ableben des General-Feldmarschalls Grafen v. Moltke Ausdruck. Alsdann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Dem vorgelegten Nachtrag zum Reichs-Haushaltsetat für 1891/92 und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres u. wurde die Zustimmung ertheilt. Mit der Zuthellung der Insel Ostseeland zum 5. Reichstags-Wahlkreise der Provinz Schleswig-Holstein und mit der Theilnahme des Reichs an der für das Jahr 1893 geplanten Weltausstellung in Chicago erklärte sich der Bundesrath einverstanden. Außerdem wurde über die seiner Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung einer Rathsstelle beim Reichsgericht und der Stelle eines vortragenden Raths beim Rechnungshof des Deutschen Reichs zu machenden Vorschläge Beschluß gefaßt.

Heute Nachmittag hielt der Bundesrath abermals eine Plenarsitzung. Vorher tagten die vereinigten Ausschüsse für das Seewesen, für Handel und Verkehr und für Justizwesen, sowie die vereinigten Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für Rechnungswesen.

Zu der Wahlprüfungs-Kommission wurden gestern die Wahlen der Abgeordneten Müllensiefen (Bochum-Gelsenkirchen) und Kuch (Kuerbach-Reichenbach, Sachsen), gegen welche Wahlproteste vorlagen, beantragt und Erhebungen beschlossen. Bei der Müllensiefen'schen Wahl soll die Polizei in partischer Weise eingegriffen haben, indem sie die für den ultramontanen Kandidaten ausgegebenen Wahlaufkruse und Stimmzettel beschlagnahmte. — Bei der Kuch'schen Wahl handelt es sich hauptsächlich um gefehlwidrige Versammlungsverbote auf Grund des verfallenen Sozialistengesetzes. Ein Antrag, die Wahl Kuch für ungültig zu erklären, wurde mit 6 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik.

Wir müssen heut darauf verzichten, die Zahl der Streikenden auch nur annähernd anzugeben. Nicht einmal sagen läßt sich, ob der Ausstand wächst oder abnimmt.

Das Depesch-Bureau und Börsenblätter widerspruchsvolle und unklare Angaben bringen und, wie es Handwerk und Geschäft erfordern, handgreifliche Lügen über die Lage des Streiks in Umlauf setzen, dürfte nicht weiter ausfallen. Aber selbst die Korrespondenten wohlmeinender und ausländischer Blätter im Streikgebiet sind nicht im Stande, bestimmte Nachrichten zu geben.

Es fehlt augenscheinlich sehr an Ueberflucht und an Kontrolle, ein Beweis mehr, wie mangelhaft die junge Organisation der Bergarbeiter noch sein muß.

Auch dem offiziellen Organ der Streikenden, dem „Extrablatt der Zeitung der deutschen Bergleute“ merkt man in seiner neuesten, ohne Datum ausgegebenen Nummer eine gewisse Aufregung, ja Bewirrung an. Funktioniert die Verbindung zwischen der Zentralstelle und den einzelnen Bergleuten nicht sicher? Ist die Organisation der Lohnkommission mit ihren 21 Mitgliedern zu schwerfällig?

Da nennt das Extrablatt zunächst 59 Schächte, die im Ausstand begriffen sein sollen, aber es fehlt jede Angabe, wie viel Arbeiter von diesen 59 Bergleuten noch weiter arbeiten. Und am Schluß des Blattes findet sich die Mitteilung, daß nach den neuesten Nachrichten 100 Schächte feiern.

Es mag eine Diefenaufrage sein, bei diesem gewaltigen Lohnkampfe nicht die Ueberflucht zu verlieren, aber um so notwendiger ist es für die Zeitung, die Fäden fest in der Hand zu behalten.

Ruhig Blut! Keine Ueberflucht! Das müssen wir wieder und wieder rathen. Soweit wir von hier aus die Verhältnisse zu beurtheilen vermögen, erscheint es uns mehr als unangebracht, wenn das „Extrablatt“ an seiner Spitze mit fetter Schrift folgende Meldungen bringt:

„Wie wir fordern erfahren, ist auch in Belgien der allgemeine Ausstand ausgebrochen. Unsere belgischen Kameraden werden bis zum letzten Augenblicke standhaft bleiben; sie streiken aus Solidaritätsgefühl für ihre deutschen Kameraden.“

Ein großer Theil unserer Kameraden in Amerika hat ebenfalls die Arbeit niedergelegt.

An uns gelangte Privatbriefe aus Oesterreich und Frankreich besagen, daß in beiden Ländern die Kameraden die Arbeit niedergelegen werden.

In England ist ebenfalls ein Bergarbeiter-Streik ausgebrochen. Derselbe scheint auch ein allgemeiner zu werden.“

Das sind alles Nachrichten, deren Richtigkeit Zeit dahinkommt und auf die hin man weder den Streik anfangen noch fortsetzen sollte.

Nicht, daß wir auch nur im Geringsten daran zweifeln, die Verfasser des „Extrabl.“ seien von der Wahrheit dieser Meldungen nicht sehr überzeugt. Was wir ihnen aber rathen und nicht dringend genug rathen können, ist Kaltblütigkeit und Besonnenheit. Jede leichtgläubigkeit kann folgen schwere Katastrophen heraufbeschwören.

Wir hegen die feste Ueberzeugung, daß die Leiter der Streikbewegung sich ihrer schweren Aufgabe voll bewußt sind. Jede Ueberflucht und Thorheit, die sie begehen würden, wäre die Feinde ihrer Gegner. Und das Ende würde eine zerschmetternde Niederlage der Bergarbeiter sein.

Wir geben im Folgenden einige Nachrichten aus dem Streikgebiet, die den Parteiblättern des Streikes entnommen sind:

Bochum, 27. April. Der Bergarbeiterstreik greift rasch um sich; sämtliche Zeche um Bochum liegen still, bis auf „Konstantin“. Zahlreiche Verhaftungen an mehreren Orten werden gemeldet. Heute Mittag wurde H. Bauer - Weimar, Mitglied der Lohnkommission, dingfest gemacht. Grund noch unbekannt. Bauer ist ein ruhiger, besonnener und äußerst vorsichtiger Mann. Indes, wie wenig man zu sagen braucht, um abgeführt zu werden, beweist die Verhaftung des Delegirten Lücke zu Herne. Er rief auf der Zeche zu seinen Mitarbeitern: „Kameraden! Ich sahre nicht an; ich müßte mich schämen, wollte ich anfangen.“ Er wurde auf diese Aeußerung sofort gefesselt abgeführt, desgleichen ein zweiter Delegirter, der dasselbe sagte. Auch in Gelsenkirchen, Wattenscheid und Sterle wurde Verhaftungen von Delegirten und Bergleuten vorgenommen. In Gelsenkirchen wurde die Wirtschaft des Herrn Kettebed gestern morgen 9 Uhr polizeilich geschlossen. Anlaß dazu gab eine Aufforderung: Diejenigen Genossen, welche sich am 3. Mai an der Maifeier betheiligen wollen, werden zu einer Besprechung zwischen 9-12 Uhr Vormittag nach Kettebed eingeladen. — Der Vorstand des christlich-patriotischen Bergmannsverbandes „Glückauf“ beschloß, seine Mitglieder sollen sich nicht am Streik betheiligen, „derselbe werde von sozialdemokratischen Hehern geführt.“ Die Niedertracht, die im Schluß des vorstehenden Satzes ausgesprochen ist, richtig zu würdigen, vermag nur der, der weiß, wie die Führer des „Glückauf“ wählten und hehlen um den Streik zum Ausdruck zu bringen.

Hessler. Die Polizei verhaftet unsere Kameraden Stillter; er soll versucht haben, in die Belegschaft der Zeche „Wilhelmine Victoria“ Leben hinein zu bringen.

Herne. Auch hier sind 2 Verhaftungen von Bergarbeitern erfolgt, unter ihnen befindet sich der bekannte Bergmann Lücke. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Behörden jede Gelegenheit zum Einschreiten benutzen würden, die irgendwie als wie eine Gesetzesübertretung gedeutet werden kann.

Gelsenkirchen. Verhaftet wurde ferner ein Bergmann von Zeche „Wilhelmine“. Dieser soll sich widerspenstig gezeigt haben.

Gelsenkirchen. Der Beigeordnete der hiesigen Stadt, Herr Breidenbach, hat dem Verleger der Zeitung der deutschen Bergleute wegen nicht erfolgter Uebergabe eines Pflichtexemplars des vor einigen Tagen erschienenen Extrablattes ein Strafmandat in Höhe von 30 Mark gestellt. Ob die ungewöhnliche Höhe der Strafe infolge der Ausstandsbeziehung erfolgt ist, entzieht sich unserer Kenntniß; jedenfalls erschien diejenige hieraus, welche immer noch glauben machen wollen, es herrsche hier eine sehr milde Praxis, daß es ganz einerlei ist, ob das Stadtrigiment ultramontan oder liberal ist.

Essen. Beschlagnahme soll in Essen das vom Verband der deutschen Bergleute herausgegebene Extrablatt sein. Nach der Eifirung der Verbreiter wurden dieselben wieder freigelassen, die Extrablätter dagegen beschlaggenommen. Wie wir hören, soll wegen dieser Beschlagnahme an den Oberbürgermeister sofort eine Beschwerde gerichtet worden sein.

Essen. Allerlei geheimnißvolle Gestalten tauchen urplötzlich wieder in in den Bezirken der Bergarbeiter-Bewegung auf. So stolzt auch in Essen ein Individuum, das sich Günther nennt, einher, welches sich als Berichterstatter des „Vorwärts“ ausgibt. (Wir brauchen nicht erst zu versichern, daß uns ein Herr Günther ganz unbekannt ist. Red.) Auch will es anderrerseits sich das Vertrauen dadurch zu erwerben suchen, daß es eine Legitimationskarte zeigt, welche ihm gefaßt soll, überall ungehindert und unbehelligt hinzugehen. Wenn der Mensch nicht so loslosal tölpelhaft wäre, könnte man die Arbeiter vor diesem Individuum warnen, so aber richtet er sich durch sein dummdreieses Gequassel und Benehmen von selbst. Seine helle Kleidung und sein starker Schnurrbart, sowie seine zudringlichen Redensarten lassen ihn selbst von dem Dämnesten auf den ersten Blick erkannt werden.

Der „Frankf. Ztg.“ wird geschrieben:

Bochum, 27. April. Das Zentrum bezog die Herren Redakteur Penning und Reichthaus-Abgeordneter Redakteur Stödel haben in ihrer Thätigkeit unter den Bergleuten zu Gunsten des „christlich-patriotischen“ Verbandes immer mehr zugenommen. Daß ihre Versammlungen polizeilich aufgelöst werden oder daß sie gar nicht einmal zum Sprechen gelangen, ist nichts Ungewöhnliches mehr. Letztere sollten sie in einer vom „christlich-patriotischen“ Delegirten Bruns in Altesseffen anberaumten Versammlung zu Altesseffen auftreten. Inzwischen wurde jedoch Bruns, ohne Ansehen seiner Verbandsrichtung, von seiner Verwallung „gemahregelt“. Infolgedessen meldete er die Versammlung wieder ab, und jene Herren hatten das Nachsehen. Sie begaben sich nach Essen und beriefen eine Zentralvorstands-Sitzung ihres Bergmannsverbandes ein, in welcher die „Kameraden“ Penning

und Stödel den Aufruf an die christlichen Bergleute gegen den Streik verfassten und von dem armen Zentralvorstandenden Bergmann Anton Fischer unterschreiben ließen. Die Thatsache nun, daß sich Fischer am Freitag selbst auch als Delegirter und für den christlich-patriotischen Verband für den Streik erklärt hatte, läßt sehr tief blicken und verursacht nicht nur unter den Bergleuten große Enttäuschung, denn dann wäre es Pflicht von Fischer gewesen, schon am Freitag ebenso entschieden gegen den Streik aufzutreten.“

Am Schluß seien einige Bemerkungen der „Voss. Ztg.“ über den Streik, die ihr zur Ehre gereichen, wiedergegeben. Sie schreibt in ihrem heutigen Abendblatt:

„Das ist uneres Erachtens nicht der richtige Ton, in welchem man von den Arbeitern zu sprechen hat, wenn die „Rhein-Westf.“ ausruft: „Gegen Vaterlandsverräther und Volksverräther giebt es keine Juchtrübe, deren Anwendung zu stark sein könnte, wer nicht hören will, muß eben fühlen.“ ... Es ist vielleicht nicht überflüssig, zu zeigen, in welchen Verhältnissen sich die Bergwerke gegenwärtig befinden. Von den an der Berliner Börse gehandelten Aktien von Steinkohlenwerken, deren Geschäftsjahr mit dem 1. Januar abschließt, geben für 1890 — nur für Borussia liegt der Bericht noch nicht vor — Dividende

Anhalter Kohlen	6 pSt.	Hugo	10 pSt.
Niederhessen	25	Köln. Bergw.-Verein	20
Preussische	80	König Wilhelm Konv.	20
Bochumer Bergw.	6	St.-Pr.	20
Bonifacius	18 1/2	Magdeb. Bergw.	23 1/2
Concordia	14	St.-Pr.	23 1/2
Consolidation	21	Massener	9
Courl	12	Rordstern	6
Gelsenkirchen	12	Pluto	25
Siberia	19	St.-Prior	25

Berechnet man den Durchschnitt der Dividende nach der Zahl der Bergwerke, so stellt er sich auf 10 1/2 pSt.; nach dem Aktienkapital berechnet, dürfte er noch erheblich höher ausfallen, da bei dem ersten Verfahren der Durchschnittsbeitrag durch einige neuere oder höchst kostspielig gegründete Werke herabgedrückt wird.

In jedem Falle ist es bedenklich, angesichts von Dividenden in Höhe von 20, 30 und selbst 80 pSt. eine Verbesserung der Lage der Bergleute heute einfach als unmöglich zu bezeichnen. Wir hoffen, daß der Ausstand keine weitere Ausdehnung gewinnt; wir wünschen aber zugleich, daß die Arbeitgeber, statt zu triumphiren, mit Zeiten lernen, mit dem Arbeiter auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verkehren und Ausständigen weniger durch Prodigien, Strafen und anderweite Nachtheilung als durch Billigkeit, Entgegenkommen und angemessene Theiligung am Gewinn entgegenzutreten oder vorzubeugen.“

Weitere Nachrichten über den Bergarbeiterstreik, die nach Schluß der Redaktion eingelaufen sind, finden unsere Leser am Schluß der ersten Beilage unter den Telegrammen.

Lokales.

Gegen das Andrusen von Lebensmitteln auf den Höfen haben sich nicht zunächst die Hausbesitzer gewendet, sondern es ist, wie uns von betheiligter Seite mitgeteilt wird, die Anregung zu diesem Verbot von Vereinen seßhafter Kleinbändler ausgegangen und namentlich hat der Obst- und Gemüsehändler-Verein Mercur die Anregung hierzu gegeben, weil seine Mitglieder das Recht in Anspruch nehmen, von ihren Vermietern (also von den Hausbesitzern) zu verlangen, daß die Gemüse- und Obstbändler für ihre Mische wenigstens in denjenigen Häusern von der Konkurrenz, wie dieselbe durch den steigenden Straßenhandel gefördert wird, geschützt werden. In diesem Handel sollen angeblich Waaren geführt werden, welche meistens in Ramsch aufgelauft werden und deshalb durch den Mann gebracht werden müssen und aus diesem Grunde zu Schlanderpreisen verkauft werden.

Unter den seßhaften Händlern sei die Konkurrenz bereits eine derartige, daß die Käufer vor Uebervertheilung sicher sein können. Von der Strafe sollten jene unehrlichen Händler mit ihrem Gewerbetriebe auch keineswegs verwiesen werden. Der Aufruf von Waaren sowie das Ausstellen finde auf der Straße nach wie vor statt, wie dieses Herr Welle beständig könne, welcher in seinem Klingeln auf der Straße noch nicht behindert worden ist; auch seien die Straßenhändler nicht bloß Krüppel und Unglückliche, sondern es sind Leute, welche zum Theil in den Vororten wohnen, dort nicht selten Häuser besitzen, welche sogar in Berlin Hausbesitzer und betreiben den Straßenhandel mit eigenem Pferd und Wagen.)

Wir haben dieser Aeußerung Raum gegeben, um den Gedankenaustrausch nicht zu beschränken. Im Prinzip aber wird doch daran festgehalten sein, daß gerade dem Verkehr mit Lebensmitteln so wenig wie möglich Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wegen den Verkauf unreiner Waare schützt einigermassen das Nahrungsmittelgesetz und auch die Käufer selbst werden vorsichtig, wenn sie einmal bei dem unsozialen Händler hineingefallen sind.

Ueber die Lohnverhältnisse der Wadediener macht ein hiesiger Wadediener aus Anlaß unserer neulichen Artikel über das Trinkgeld-Auflösen in den hiesigen Bade-Anstalten folgende allgemeine, auf die einschlägigen Berliner Verhältnisse Bezug nehmende Mittheilung:

Die meisten Wadediener oder auch Wadediener, wie diese Leute vom Publikum genannt zu werden pflegen, möchten gewiss an Stelle des Trinkgeldes ein festes Gehalt lieber sehen, aber bei dem übergroßen Angebot von Arbeitskräften, auch in diesem Fach, ist es gar nicht möglich, einen Zusatz auf die Arbeitgeber auszuüben. Der Einsender in Nr. 95 dieses Blattes bemerkte, daß der Wadediener im Admiralsgarten-Bad (Alexanderplatz) sehr zufrieden zu sein schien bei 10 Pf. Trinkgeld, wohingegen sein Kollege in der Natur-Heilanstalt in der Sebastianstraße mit 25 Pf. unzufrieden schien.

Es ist nun aber ein Unterschied zwischen der Thätigkeit eines Wadediener bei der Wanne und eines solchen in russisch-römischen oder Naturheil-Bädern. Dieser Unterschied besteht darin, daß der erstere nur etwas Gewandtheit im Umgang mit den Badegästen nötig hat, während der letztere doch einige Übung nötig hat. Ersterer hat nur das Badewasser herzurichten und die Jellen sauber zu halten, und kann, da jedes Bad höchstens 1/2 Stunde währt, während der Saison, selbst bei beschränkter Jahreszahl 80-100 Bäder am Tage machen, während letzterer mit 20 Gästen, wenn er sie allein bedienen soll, tüchtig zu thun hat, da ein russisch-römisches Bad mindestens 2 Stunden währt, und jeder Gast persönliche Bedienung bei dem Massiren, Einpöden u. A. braucht. In den russisch-römischen Bädern ist es deshalb auch größtentheils üblich, daß der Wadediener 50 Pf. für Bedienung fordert, denn dort bezahlt der Gast nur das Bad an der Kasse, nicht aber die Massage. Die Naturheilstätten schreiben aber auf den Plakaten u. s. w. den Preis gewöhnlich mit 1 Massage, und darin liegt das Räthsel, denn da müßten die Herren Wadediener auch einen entsprechenden Lohn an ihre Wadediener zahlen. In der Sebastianstraße (Ranig) bekommen die Wadediener 7 M. wöchentlich. Dieser Satz gilt als höchster Lohn; in den meisten anderen Bade-Anstalten giebt es gar nichts, auch keine Kost oder Logis; ja, manche Besitzer verlangen noch von dem Wadediener, wenn nicht baar Geld, so doch Arbeitsleistungen, die nicht zu dem Fach gehören. Die Wadediener müssen dann nämlich im Winter die Jellen streichen und ähnliche Arbeiten verrichten. Bedenkt man, daß bei solchen miltlichen Lohnverhältnissen eine mindestens 14stündige Arbeitszeit gefordert wird, die in schlecht ventilirten sehr warmen und nassen

Räumen zugebracht werden muß, so wird man die Stellung dieser Leute nicht gerade beneidenswert finden.

Wir veröffentlichen diese Zuschrift um so lieber, als dieselbe einen Einblick in die wirklich unerschöpflich geistreiche Art gestattet, wie die Arbeitgeber die Löhne zu drücken und ihren Vortheil auf den Arbeiten zu ziehen verstehen. Für später in der Gesetzgebung jedenfalls zu erörternde Fragen werden diese und ähnliche Mittheilungen von großer Wichtigkeit sein.

Von der Direktion des Eisenbahn-Bezirks Bromberg erhalten wir folgendes Schreiben:

Gemäß § 11 des Preußengesetzes ersuchen wir ergebenst um gefällige Berücksichtigung des in der 1. Beilage Ihrer Zeitung vom 9. April erschienenen Artikels, betr. die Stellung der Weichensteller und Rangierer bei der Königlich Preussischen Ostbahn, wie folgt:

Stütz-Weichensteller und Rangierer sind nicht Staatsbeamte, sondern Arbeiter.

Auch in den Zeiten des stärksten Verkehrs erhält der Rangierer auch im Nachdienste eine oder mehrere Ruhepausen, während welcher er sein Essen mit Ruhe verzehren kann.

Die Angabe, daß der Lohn mit 2 M. 10 Pf. beginne, ist unrichtig; nach einem Probe-Halbjahre, während dessen 2 M. 30 Pf. gezahlt werden, beträgt der Lohnsatz 2 M. 50 Pf. täglich. Derselbe steigt demnach nach Altersaufstieg.

Wenn der Rangierer der Krankenkasse und Pensionskasse angehöret und Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung zahlt, so erreichen die Abzüge bei einem Tageslohn von 2 M. 50 Pf. höchstens 2 M. 81 Pf. und bei einem solchen von 2 M. 90 Pf. monatlich, höchstens 3 M. 60 Pf. Die Angabe des Abzuges auf 4 M. 50 Pf. ist somit unrichtig.

Die dreitägige Karenzzeit ist durch § 6 des Krankenkassen-Gesetzes vom 15. Juli 1883 festgesetzt.

Wird ein Rangierer dienstunfähig, so erhält er entweder aus der Pensionskasse eine Invalidenpension, oder die durch das Unfallversicherungs-Gesetz vom 6. Juli 1884, bezw. die durch das Reichsgesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vorgehene Invalidenrente.

Die geringe Ruhezeit am Sonntag Vormittag ist seitens der vorgehenden Behörde nicht angeordnet, sondern gegen die Absicht derselben erfolgt; der betreffende Beamte, welcher die gegebene Dienstheilung außer Acht gelassen hat, ist zur Rechenschaft gezogen.

Allen Arbeitern, also auch den Rangierern, steht der Weg zur Beamten-Laufbahn offen.

Eine Bevorzugung des einen oder anderen findet nicht statt, da die Einberufung als Beamter streng nach der erfolgten Vorprüfung, bezw. nach dem Tage der bestandenen bezüglichen Prüfung erfolgt.

(Rome unleserlich.)

Die Art und Weise, wie man der nothleidenden Arbeiterbevölkerung von Seiten, der wie sie sagen, auch christlich Gesinnten entgegenkommt, hat uns schon mehrfach Anlaß gegeben, die geordneten Wohltätigkeits-Einrichtungen daraufhin zu prüfen, ob diese sich nicht zum Nachtheil der Arbeiter, als organisirte Anstalten für planmäßige Lohnrückerei darstellen. Denn meistens werden durch diese Anstalten Arbeiten hergestellt, für welche anderweit gar keine Arbeiter zu bekommen oder doch nur unter Schwierigkeiten und zu erheblich höheren Löhnen zu gewinnen sind. Wir erinnern nur an unsere Mittheilungen über die von dem Arbeiternachweis des Vereins zur Befreiung entlassener Strafgefangener ausgegangenen Arbeitsnachweisungen. Heute liegt uns eine ähnliche Mittheilung aus der hiesigen Arbeiter-Kolonie, Reinickendorferstr. 30a vor. Man schreibt uns:

Am 20. März d. J. war ich wegen Mangel an Beschäftigung genöthigt, die hiesige Arbeiter-Kolonie Reinickendorferstr. 30a aufzusuchen und wurde dort auch aufgenommen.

Wir wurde das Putzen von Strohhälften, die als Umhüllung von Flaschen verwendet werden, zugewiesen. Von diesen halbe ich täglich 500 Stück zu liefern; davon hatte ich erst die nothwendigen 65 Pf. für Kost und Logis verdient, aber noch keinen Ueberschuß für mich, auch noch nichts für Wäsche, Baden, Kastrern, Tabak etc. Ich brachte es aber täglich nur auf ca. 300 Stück, so daß mit alle Tagen Schulden erwachsen, die nach vier Wochen 7,20 M. betragen. Dies ging mir aber nicht allein so. Während meines Aufenthalts in der Kolonie haben sich mehrere Mitglieder heimlich entfernt, weil sie ihre Schulden nicht abarbeiten konnten. Am 16. April kündigte ich auch, um am 17. abzugehen. Der Herr Inspektor Naack erklärte mir aber, ich möge erst meine Schulden abarbeiten. Auf das Anerbieten, dieselben zu bezahlen, wenn ich Arbeit gefunden haben würde, ging er nicht ein, sondern behielt meine ihm zur Aufbewahrung übergebenen Kleidungsstücke zurück, als ich die Anstalt verließ. Am 22. d. M. erbot ich mich einem Vorstandsmitgliede gegenüber zu einer schriftlichen Zahlungsverpflichtung, wenn ich meine Sachen, die ich nötig brauchte, zurückerhielt; ich wurde aber auch hier abgewiesen.

Wir bemerken noch, daß der Betreffende, um den es sich hier handelt, ein Schreiber ist, dem die dort zugewiesene Arbeit ungewohnt war.

Das Zuchthaus hat in diesem Falle die bessere Einrichtung, denn dort wird der Sträfling, wenn er beim Vorhandensein der nötigen Arbeitsfähigkeit sein Arbeitspensum nicht erledigt, mit einer Disziplinarstrafe belegt und damit wieder „vor ein reines Konto“ gestellt, wie die Herren sich ausdrücken.

Die Zeit der Sonntagsgandflüge, welche mit dem Eintritt der wärmeren Witterung endlich angebrochen zu sein scheint, wird nicht nur von denen, welche sich von der Arbeit und den Mühen der Werkstätte in Feld und Wald erholen wollen, sondern auch von den Rudern, denen die Feier des Sonntags in freier Natur ein Genuß ist, herbeigesehnt. Bekanntlich hat der „Christliche Verein junger Männer“ im vorigen Sommer begonnen, an Sonntagvormittagen „Waldversammlungen“ im Grunewald abzuhalten. Es wird dabei mit großem Raffinement verfahren. Eine Schar von 20-30 Mitgliedern fährt hinaus, macht an irgend einer Stelle des Waldes Halt und sucht durch hartnäckiges Singen Neugierige anzulocken. Wenn sich eine genügende Anzahl von Zuhörern gesammelt hat, wird eine Ansprache gehalten. Der Generalsekretär des Vereins, Christian Philbinus, behauptet in seinem Bericht über diese Versammlungen, daß sie Erfolg gehabt hätten, und daß die Haltung des Publikums eine sehr freundliche gewesen sei. „Nur einmal“, heißt es in dem Bericht, welcher keineswegs so spasshaft gemeint ist, als er sich liest, „drohte diesen Versammlungen eine ernste Gefahr, als eine Schar Sozialdemokraten (Männer und Frauen) sich unmittelbar neben und aufstellten und durch den Gesang der Arbeitermarfchkaife und anderer schlechter Lieder uns zu fesseln suchten; aber auch hier half Gott der Herr und zum Siege durch die Wirkung unserer alten Glaubenslieder.“ Der Verfasser wagt nicht, hinzuzulügen, daß die hiesigen Sozialdemokraten sich an den sonderbaren Heiligen vergriffen hätten. Es ist also nicht recht ersichtlich, wozu die „ernste Gefahr“ bestanden haben soll.

Der Verfasser versichert, daß die „bestimmte Absicht“ besteht, „so Gott will, mit dem Sommer diese geeignete Arbeit wieder aufzunehmen“. Wir vermuten, daß die schaurige Gesellschaft, die sich in ihrer Kampfweise immer mehr der „Heilsarmee“ nähert, den 3. Mai zur Eröffnung ihres diesjährigen Feldzuges benutzen und in voller Kriegshäute hinausziehen wird, um Satanas zu bekämpfen. Die Arbeiterschaft, welche am Sonntag die internationale Mairfeler begeht, wird diesen unvorhergesehenen Zuwachs an Belustigungen mit Dank annehmen.

Zur Baumbilche in Werder geht uns von Werderschen Genossen folgende Mittheilung zu: Die Genossen von Berlin und Umgegend, welche zur nächsten Baumbilche Werder be-

suchen — die beste Zeit dazu wird ja stets in den Zeitungen bekannt gemacht — werden von den Werberischen Genossen auf Folgendes aufmerksam gemacht: Unsere Stadt ist nicht allzu klein, das ergibt sich schon daraus, daß sechs große und zwei kleinere Lokale sich hier befinden, doch sind wir nicht in der Lage, ein großes Lokal zu einer Versammlung, gleichviel ob gewerkschaftlich oder politisch, für uns zu bekommen. Wir sind infolgedessen zurückgeblieben, und es sind sogar Vereine, die hier bestanden, der Auflösung verfallen. Unsere Lokal-Kommission hat im vorigen Jahre zur Wahl bei sämtlichen Lokalen-Inshabern angefragt, auch noch in unserem Nachbarorte Glinde, wo ebenfalls zwei Lokale sind. Ueberall wurden uns Einwendungen gemacht; wir mußten also 1 1/2 Stunden laufen, um für unsere Wähler Versammlungen abzuhalten. Alle anderen Parteien bekommen einen Saal, nur die „Notizen“ nicht. Darum Genossen richten wir an Euch die Bitte, daß eine Lokale in Werder, welches uns jetzt zur Verfügung steht, zu jeder Versammlung, zu besuchen, das Lokal des Restaurateurs Wilhelm Bier, Brandenburgerstr. 121. Das selbst liegt auch der Berliner „Vorwärts“ aus.

So werden die Werberischen Lokalinhaber vielleicht einsehen, daß auch ihr Interesse von dem unsrigen abhängt. Am 1. Mai findet eine öffentliche Versammlung Abends 8 Uhr in dem angegebenen Lokale statt. Der Saal eignet sich für Vereine. Dampfer und Kremer stehen zur Verfügung. Bestellungen und Aufträge von Genossen nimmt entgegen und erwartet mit genossenschaftlichem Gruß
August Heimlich, Biegeleiarbeiter,
Chausseestr. 115 in Werder a. H.

Der Chor unserer gedruckten Sommergäste ist nunmehr vollständig. Seit Dienstag Abend stößt ein Nachtigallen-Duo — vermutlich dasselbe, welches seit Jahren zum Sommer dorthin wiederkehrt — im Botanischen Garten. Am Mittwoch durchschlugen Schwalben die Lüfte über dem Centrum der Stadt. Auch bei Zehlendorf, Teltow, sowie Klein-Rachnow-Rahnsdorf bemerkte man die Wiederkehr dieser lieben Sommerboten.

Bei Ausflügen nach Räderdorf werden alle Genossen gebeten, nur das Lokal von W. Rönnebeck, Gasthof zur Vergalle, und in Zarsdorf, Gasthof zum Deutschen Hause, berücksichtigen zu wollen, da diese die einzigen Lokale sind, welche zu Arbeiterversammlungen zu haben sind.

Jungen gesucht. In einer Strafsache gegen Kurin ist es notwendig, den Aufseher eines Buchdruckers Paul Müller, der von der Zimmerstr. 83 unbekannt verzoogen ist, festzustellen. Wir würden für gütige Auskunft sehr dankbar sein.

Stenographen-Schule. Wie bereits in Anzeigenheft dieses Blattes bekannt gegeben, sieht sich die stenographische Schule veranlaßt, in Anbetracht des großen Andrangs zu ihren Kursen, noch in diesem Halbjahr einen ebenfalls gänzlich unentgeltlichen Lehrgang abzuhalten. Derselbe beginnt am Sonnabend, 2. Mai, Abends 9 Uhr, Oceanenstr. 126, Gartenhalle und umfaßt ca. sechs Lehrstunden. Nach beendeten Unterricht legt die stenographische Schule ganz besonderes Gewicht auf die *z w e i f a c h e n d e* *A u s b i l d u n g* jedes Einzelnen. Bei fast allen Gelegenheiten zur Erlernung der Stenographie, zum Beispiel in Vereinen u. s. w., wird dieser wichtigste Punkt ganz aus dem Auge gelassen und erklärt es sich daher, daß die meisten, welche die Stenographie erlernen, dieselbe auch wieder verlieren. Die Stenographen-Schule will dahin wirken, daß die Kurzschrift Jedem ein unverlierbares Gut werde und Jedem Nutzen, sei es geistiger oder materieller, zu bringen im Stande ist. Für Schüler über 10 Jahren, welche besonders befähigt sind, besteht eine Jugendabteilung und haben dieselben vorher eine selbstgeschriebene Efferte einzureichen. Mündliche oder schriftliche Auskunft, auch nach außerhalb, erteilt der Leiter des Unterrichts, Clausen, Wilhelmstr. 119-20, 1. Obergebäude. Im übrigen verweisen wir auf die noch erscheinenden *A n z e i g e n* in diesem Blatte.

Polizeibericht. Im Landwehrkanal, am Gury-Ufer, wurde am 29. v. M. Morgens die Leiche einer unbekannt, etwa 25 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. — Zu derselben Zeit stürzte ein Maler auf dem Flur des Hauses Louise-Ufer Nr. 45, wo er mit dem Anstreichen der Wände beschäftigt war, von der Leiter und erlitt einen Bruch des linken Beines, so daß er nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte.

Gerichts-Beitrag.

Vor der Strafkammer des Königl. Landgerichts zu Potsdam hatte sich am Mittwoch der Handelsmann Genosse Viktor Griepentrog aus Berlin wegen Verleumdung der Berliner Richter zu verantworten. Anlässlich einer am 27. November v. J. in der Brauerei Königstadt abgehaltenen Volksversammlung mit dem Thema: „Die Frau und die Sozialdemokratie“ nahm G. in der Diskussion das Wort, und nachdem er verschiedene politische Tagesfragen gestreift hatte, soll er nach der Anklage geäußert haben: „Wußt sich die Göttin da draußen in Moabit mit der Binde vor den Augen nicht schämen, denn hier wird oft nicht nach Recht, sondern nach Gnade verurteilt!“ Durch diesen Ausspruch fühlten sich Berliner Richter beleidigt, und als deren Spitze stellte der Chef des Kammergerichts den Strafantrag; die Sache wurde daher auch in Potsdam, und nicht vor einem Berliner Gerichtshof verhandelt. Der Angeklagte gab zu, die Äußerungen, wie sie in der Anklage sitzen seien, im Wesentlichen gemacht zu haben, nur will er keineswegs falsche Urtheile gemeint, wohl aber über das Verhalten mancher Anklagebeholden seine Mißbilligung ausgedrückt haben, die seiner Meinung nach allerdings, je nach der betreffenden Person, die Anklage einleiteten oder fallen ließen. Er tritt zum Beweise dieser Behauptung mehrere Beispiele, u. A. den Fall des Hospredigers Stöcker im Prozeß Oswald.

Polizeileutnant Glasener aus Berlin kann sich auf die einzelnen Vorgänge nicht mehr genau besinnen; er hat sich in der betreffenden Versammlung Notizen gemacht, und danach das Protokoll ausgearbeitet; die Notizen habe er inzwischen vernichtet, da er nicht mehr auf eine Verhandlung gerechnet habe; im Allgemeinen giebt er die Richtigkeit der in der Anklage vorgeführten Äußerungen zu.

Schumann Schulze aus Berlin kann Wesentliches nicht beibringen.

Zeuge Kaufmann Albert Auerbach, Berlin weiß sich, da der Angeklagte über alles Mögliche damals gesprochen, der genaue Ausführungen des Angeklagten nicht mehr zu erinnern, doch hat er nicht den Eindruck gewonnen, daß G. die Richter beleidigt habe. Auf Befragen des Verteidigers bekennt Zeuge mit Bestimmtheit, daß G. die Äußerung im Laufe seiner Rede gethan habe: „Bei der Transaktion der Sozialdemokraten unter dem Ausnahmegericht sind es oft die Richter gewesen, die dem stürmischen Vorgehen der Polizei ein Halt zugerufen haben.“

Zeuge Hermann Besser, Berlin sagt in ähnlichem Sinne aus. Er erwähnt noch, daß der Angeklagte selten einen Gedanken logisch zu Ende führe, vielmehr häufig durcheinander spreche, und fast immer mit seinen harmlosen Späßen viel Weiterläufe errege.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Mendelssohn, hält auf Grund der Verweigerung und des eigenen Gesundheitszustandes des Angeklagten denselben der Verleumdung der Gerichtspersonen für schuldig (§ 185), und glaubt, in Anbetracht der Schwere der Verleumdung und der Untergrabung des Ansehens des Gerichts durch solche Äußerungen in weiten Kreisen, 6 Wochen Gefängnis beantragen zu müssen; ferner, da die Be-

leidigung öffentlich geschehen sei, Publikationsbefugniß 4 Wochen nach Zustellung des Urtheilstenors an den Chef des Kammergerichts im Reichs- und Staatsanzeiger und in einer vom Präsidium des Kammergerichts zu bestimmenden Berliner Zeitung.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, Berlin warf zunächst in formaler Beziehung die Frage auf, ob überhaupt die Berliner Richter berechtigt seien, Klageantrag zu stellen, da der Angeklagte nur bildlich von der Göttin, der Göttheit der Gerechtigkeit, gesprochen habe, und diese, die Gerechtigkeit, doch eine einzige und ungetheilte sei. Sodann sprach er dem Vertreter der Staatsanwaltschaft das Recht ab, auch die Mitglieder der Staatsanwaltschaft für beleidigt zu halten, da ja die Anklage selbst nur von Richtern spreche. — Zur Sache selbst wies er darauf hin, daß der Angeklagte einerseits die Anklagebehörde, andererseits die Exekutivbeamten in den Bereich seiner Kritik gezogen habe; daß ferner in Zeiten hochgehenden politischen Kampfes die Richter bei ihren Urtheilen den Menschen nicht abstreifen könnten und deshalb in gewissem Sinne „parteiisch“ ihr Urtheil abgeben. Demgegenüber habe doch der Angeklagte, nach der Bekundung des Zeugen Auerbach, ganz besonders wieder die Gerechtigkeit der Richter hervorgehoben, die die Uebergriffe der Polizei, nach Ansicht des Angeklagten, gehörig zurückgewiesen hätten. Daher beantragt der Verteidiger Freisprechung des Angeklagten, eventuell, falls der Gerichtshof den Angeklagten doch für schuldig halten sollte, eine mäßige Geldstrafe, da, bei der wirtschaftlichen Lage seines Klienten, eine höhere Geldstrafe doch nur für denselben den Charakter einer Freiheitsstrafe tragen würde.

Der Angeklagte sucht schließlich seine Reue von der „Gnade“ dahin zu erklären, daß er damit gemeint habe, daß manchmal auf dem Gnadenwege Strafen erlassen würden.

Nach langer Beratung verkündigte der Vorsitzende der Strafkammer das Urtheil, daß der Angeklagte schuldig der Verleumdung der Berliner Richter zu befinden sei, da angenommen werden müsse, daß er mit der Göttin auf dem Gebände in Moabit zweifellos die in diesem Hause urtheilenden Richter habe treffen wollen; als mildernder Umstand komme in Betracht, daß nach Zeugenaussage der Angeklagte auch die Gerechtigkeit der Richter anerkannt habe; aus diesen Gründen sei auf eine Geldstrafe von 50 M. nebst Tragung der Kosten erkannt worden. Das Urtheil sei 4 Wochen nach Zustellung des Tenors an den Chef des Kammergerichts einmal im Reichs- und Staatsanzeiger, und einmal in der Berliner „Volks-Zeitung“ auf Kosten des Verurtheilten zu veröffentlichen.

Wegen Verleumdung der Rixdorfser Gendarmen hatte sich am Donnerstag der Maschinenbauer Krüger vor dem Rixdorfser Schöffengericht zu verantworten.

Der Anklage liegt folgender Vorfall zu Grunde. In einer am 17. Januar bei Hoffmann in Rixdorf tagenden Versammlung wurde die nach Meinung des Angeklagten ungerechtfertigte Auflösung einer kurz vorher in der „Neuen Welt“ stattgefundenen Versammlung lebhaft erörtert und von dem Krüger das nach seiner Meinung laulante und verächtliche Verhalten der Berliner Polizeibeamten im Gegenfah zu dem der Rixdorfser Gendarmen lobend hervorgehoben. Hierbei soll der Angeklagte in Bezug auf die Intelligenz der Rixdorfser Gendarmen Betrachtungen angestellt haben, die von den letzteren als Verleumdung erachtet wurden. Wegen der Verleumdung, der als Verleumdung angeklagt wurde, machte der Angeklagte geltend, daß die Aussage dieses Zeugen mit großer Vorsicht aufgenommen werden dürfe, da er in einer ähnlichen Sache vor Gericht bekundet habe, es hätten bestimmte Angeklagte das Schimpfwort „Quatschkopf“ bei einer Äußerung „verschluckt.“ (?)

Die vorgenommenen Entlassungszeugen konnten jedoch nur negative Angaben machen, da sie sich zum Theil nicht mehr auf die Einzelheiten und die Form der Äußerung besinnen, oder nicht mit absoluter Bestimmtheit beschwören konnten, daß die Worte nicht gefallen waren. Der Gerichtshof unter Vorbehalt des Amtsrichters Kamppe, nahm zwei Fälle der Verleumdung, obgleich die beiden Äußerungen in einer Rede gebraucht worden sind, für erwiesen an und verurtheilte den bisher unbefragten Angeklagten zu 12 Tagen Gefängnis, da ihn eine Geldstrafe nicht treffen, sondern von seinen Parteigenossen getragen werden würde. Dem müsse ein Niegel vorgeschoben werden. Der Rechtsanwalt hatte nur 100 M. Geldstrafe beantragt.

Wegen fahrlässiger Brandstiftung und unvorschriftsmäßiger Aufbewahrung von Feuerwerkskörpern stand gestern der Kaufmann Sprenger vor der III. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte bewahrte in seinem Wohnort eine größere Anzahl „Knallbriele“ auf, eine Feuerwerkspielerei, welche, wie die Erfahrung lehrt, leicht Unheil bewirken kann. Als der Angeklagte am Abende des 28. August v. J. nach Schluß auch seinen Wohnort verlassen wollte, hatte sich einer der Knallbriele zwischen die Thür geklemmt. Durch den Druck gelangte die in dem Papiere befindliche Zündmasse zur Explosion und im nächsten Augenblick explodirte der ganze Vorrath mit gewaltigem Knall. Die Thür des Wohnorts schlug den Davorstehenden zurück, die Fenster Scheiben wurden zertrümmert und die aus dem Schrank schlagende Flamme drohte die Umgebung in Brand zu setzen. Das Feuer wurde aber sofort wieder gelöscht, bevor es Schaden anrichten konnte. Da ein eigentlicher Brand nicht entstanden war, so konnte der Angeklagte auch nicht wegen fahrlässiger Brandstiftung verurtheilt werden, es traf ihn nur eine Geldstrafe von 20 M. wegen der Uebertretung.

Ein interessanter Fall von Uebertretung der Polizeistunde gelangte heute vor der 96. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts zur Verhandlung. Nach der von wachhabenden Schumann erhalteten Anzeige hat der Schankwirth Joseph Werenzki in der ganzen Nacht zum 8. Februar er sein Lokal geöffnet gehabt. Er war deshalb in eine höhere Geldstrafe genommen worden, und hat gegen das betreffende Polizeimandat Widerspruch erhoben. Im Termin deponirte der Angeklagte, daß er am 2. Februar Abends sein Lokal pünktlich um 11 Uhr geschlossen hat. Da aber seine Ehefrau am 8. früh mit der Hamburger Bahn verreiste, habe er an diesem Tage sein Schanklokal gleich nach 4 Uhr wieder geöffnet. Unmittelbar darauf seien mehrere junge Nachschwärmer in stark angetrunkenem Zustande bei ihm eingetreten und hätten Kasse gefordert. Noch ehe sie denselben erhalten konnten, geriethen die Leute in eine Schlägerei und wurden von ihm aus dem Lokal gewiesen. In der That beklagte denn auch der angezeigte Schankwirth, daß der Zeuge Arbeiter Heinrich Schmidt kurz vor 8 Uhr Morgens zu ihm auf die Wache gekommen sei und die Feststellung einer Person verlangt habe, die ihn geschlagen und ihm den Hut vom Kopf genommen habe. Auf seine Frage habe Schmidt erklärt, aus dem Lokal des Angeklagten zu kommen und die Nacht hindurch geleiht zu haben. Der Zeuge Schmidt bestritt diese Angabe und fügte hinzu, daß er nicht wisse, wann er in das Lokal des Angeklagten getreten sei. Bei dieser Sachlage erfolgte selbstverständlich die Freisprechung des irrthümlich Angeklagten.

In der Reichsdruckerei war am 6. November v. J. ein Unfall vorgekommen, welcher dem Maschinenmeister Abendroth zur Last gelegt wurde und diesen gestern unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung vor die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I führte. Der Angeklagte bedient eine der Maschinen, auf welchen die Rassenheine und sonstigen Werkzeuge gedruckt werden. Die Maschinen werden durch Handhabung einer Bremse in Stillstand versetzt, und wenn sie wieder in Gang gebracht werden, so geschieht dies durch Aushebung eines Einschaltes und es ist Vorschrift, daß die Maschinenmeister den Zeitpunkt, an welchem die Maschine wieder in Thätigkeit gesetzt wird, durch den warnenden Ruf: „Finger weg!“ antündigen.

Am 6. November v. J. hatte der Angeklagte seine Maschine auf kurze Zeit zum Stillstande gebracht und ein Maschinenmädchen benutzte die Ruhepause, um die Maschine zu reinigen und Saugepapier um das große Schwungrad zu legen. Da ertönte der Ruf „Finger weg!“, in demselben Moment setzte sich die Maschine auch schon in Gang und die an derselben beschäftigte unverschleihte Kost wurde erfasst und ziemlich schwer verletzt. Dem armen Mädchen wurden mehrere Rippen gebrochen, deren eine sogar in die Lunge drang. Glücklicherweise hat der Unglücksfall keine böse Folgen für die Gesundheit der Verletzten hinterlassen, dieselbe ist vielmehr nach längerem Kranksein völlig wiederhergestellt. Der Unfall wurde dem Angeklagten zur Last gelegt und ihm namentlich ein Vorwurf daraus gemacht, daß er nach dem vorgeschriebenen Warnungsstufe nicht noch genügende Zeit habe vergehen lassen, ehe er die Maschine wieder in Gang setzte. Da er nach dem Gutachten des Maschineninspektors zu dieser Vorsicht verpflichtet gewesen wäre, hielt der Gerichtshof eine Fahrlässigkeit des Angeklagten für vorliegend und verurtheilte denselben zu 60 M. Geldbuße event. 6 Tage Gefängnis.

Das vierblättrige Akeblatt, welches, wie wir unlängst schon berichteten in sehr verschämter Weise eine neue Art des Heirathsschwindsels erponnen und ausgeführt hat, stand gestern in den Personen des Hausdieners Max Oswald Werner, dessen Schwestern Gesindervermieterin Emma und Marwine Werner, und dessen Braut, Dienstmädchen Wilhelmine Freude, abermals vor dem hiesigen Schöffengericht. Der männliche Angeklagte hat schon seit Jahr und Tag in folgender sinniger Art sich eine einträgliche Erwerbquelle eröffnet. Er erließ eine Zeitungsannonce, in welcher eine verständige junge Dame, Inhaberin eines Geschäfts, behufs Verheirathung die Bekanntschaft mit einem jungen Mann suchte. Die Anerbietungen die auf solche Annoncen unter chiffirter Adresse eingingen, waren immer erstaunlich zahlreich und die Bewerber, welche die unbekanntes Schöne um ein Stellbilden baten, brachten auf eine Antwort nicht lange zu warten. Die letztere ging gewöhnlich dahin, daß das Neudegouv's gen gewährt werden würde, es aber den Anschauungen der heirathslustigen Dame über Frauenwürde nicht entspreche, in einer Kneipe oder auf der Straße eine Zusammenkunft abzuholen. Es wurde daher der Vorschlag gemacht, unter chiffirter Adresse ein Billet zum Zirkus oder einem Theater einzusenden. Dies geschah auch in der meisten Fällen und Herr Werner konnte an manchem Abend ein halbes Duzend Billets von der Post abholen, welche er schleunigst verkauften und auf diese bequeme Weise einen ganz lukrativen Billethandel unterhielt. Wenn die Abfender der Billets Abends zum Stellbilden im Theater erschienen, sahen sie zu ihrem Staunen und Verdruss an ihrer Seite Personen, die unmöglich die heirathslustige Jungfrau sein konnten. Das böse Beispiel des Herrn Werner hat die guten Sitten der drei weiblichen Angeklagten verdorben; als dieselben sahen, wie glatt und gut dies Geschäft ging, legten sie sich auch darauf und die Heirathskorrespondenz auf Grund der Annoncen nahm einen bedeutenden Umfang an. Als das einträglich die Dreistigkeit soweit trieb, einem hineingefallenen Bewerber zu schreiben, daß sie das überhandte Billet verloren habe und um Zustellung eines neuen bitte, kam das Verhängniß über das spekulative Konjunktium. Der Bewerber schickte in der That noch ein Billet unter der angegebenen Adresse, auf dem Postbureau stellte sich aber gleichzeitig ein Kriminalbeamter ein, welcher Herrn Werner verhaftete, als er seine Beute abholte. Bei der Hausdurchsuchung fanden sich noch zahlreiche Briefe vor, welche nach Patschouli und Welchen rochen, das Heirathsthema in allen möglichen Formen variierten und sehr sorgfältig registriert und mit orientirenden Bemerkungen versehen waren. Es fehlte nur noch, daß auch die doppelitalienische Buchführung in Anwendung gekommen wäre, um das Bild eines kaufmännischen Instituts zu vervollständigen. Die Angeklagten waren im Allgemeinen gesündigt, doch behaupteten die drei angefahrenen Mädchen, daß sie ganz ernstlich auf der Suche nach einem Mann gewesen seien und die Billets nur dann verkauft hätten, wenn eine zu große Fülle in diesem Artikel vorhanden gewesen sei. — Der Gerichtshof verurtheilte Max Werner mit Rücksicht darauf, daß er den Schwindeln ganz gewerbsmäßig betrieben, zu 8 Monaten Gefängnis, während seine hilfsbereiten Schwestern mit je einem Monat und die Freude mit 1 Woche Gefängnis davon kamen.

Arbeiterbewegung.

Zur Aussperrung der Korbmacher Gesellschafter. Rummel, nachdem die Disserenzen, die sich um das Koalitionsrecht drehten, nahezu neun Monate der Verlegung harreten, sind wir in der Lage, den Arbeitern allerorts zu erklären, daß der Sieg in diesem Kampfe der unsrige geworden ist. Indem wir mittheilen, daß nunmehr auch die letzten Arbeitgeber der Streikkommission gegenüber erklärt haben, nicht mehr auf dem Austritt aus dem Verband deutscher Korbmacher zu bestehen, nämlich die Wandreiser Johs. Hölert, H. Jeyn, K. Zuber und H. Zuber, sagen wir allen denen unseren herzlichsten Dank, die uns in diesem uns aufgedrungenen gerechten Kampfe unterstützten. Wir werden die Abrechnung demnächst ebenfalls bekannt geben.

H. Rudolf Messerschmidt,
Vorstand der Zahlstelle Gesellschafter des
Verbandes deutscher Korbmacher.

NB. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten, insbesondere die „Neue Tischler-Zeitung“.

Brannschweig. Achtung, Steinhauer! Die Sperrung über die Maring'sche Zementfabrik Stereota dauert unverändert fort. Da die Fabrik bemüht ist, von auswärts Arbeitskräfte heranzuziehen, ist es Pflicht aller Arbeiter, welche Verbindung mit in Steinhauerbezirken wohnenden Arbeitern haben, letztere von der Sperrung in Kenntniß zu setzen.

Soziale Uebersicht.

An alle in Berlin arbeitenden Steinmehnen. Kollegen! Da wir im vorigen Jahre eine freiwillige Steuer von 2 M. aufgebracht haben von denjenigen Kollegen, die am 1. Mai gearbeitet hatten, so bitte ich die Kollegen auch in diesem Jahre eine freiwillige Steuer von 1 M. aufzubringen. Ich ersuche die Herren Platzvertreter die Gelder einzuschieben und an mich abzuliefern. Die Sammelisten gehen umgehend zu H. Hempel, Vertretersmann der Berliner Steinmehnen, Straße V, Nr. 2 part. Wedding.

Göppingen, 29. April. In der Metallwaaren-Fabrik von Schausler u. Saffl ist Streit ausgebrochen. Der Jugug ist fernzuhalten!

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Verfammlungen.

Wirker und Wirkerinnen. Am 21. d. Mtz. fand eine öffentliche Versammlung der Wirker und Wirkerinnen statt. Zunächst erhalteten die Delegirten Frei, Schulz und Kollege Hüblich Bericht vom ersten Deutschen Textilarbeiter-Kongress. An der Diskussion beteiligten sich Frei, Mülling, Herr Goldberg und Neubaus. Hieraus gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Delegirten einverstanden und beschließt, die Be-

Briefe aus Frankreich.

Paris, April 1891.

Der gesetzliche Achtstundentag, der in wenigen Wochen in der alten und der neuen Welt Hunderttausende von Proletariaten in Bewegung setzen wird, hat vor ein paar Tagen seinen Einzug in die Hochschule von Paris gehalten.

Und der Geist, in dem er sie behandelt hat, legt ein zu bedenkliches Zeugnis ab für den Fortschritt, der sich dank der sozialistischen Ideengewalt selbst in den widerstrebendsten Kreisen vollzogen hat, als daß ich den Lesern des „Vorwärts“ nicht den Gefallen leisten und den Inhalt dieser Vorlesung, die in unserem Universitätsleben ein wirkliches Ereignis bedeutet, kurz resümierend mitteilen sollte.

Die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden läßt sich von zwei Standpunkten aus beurtheilen: vom juristischen und vom wirtschaftlichen.

Was zunächst die juristische Seite betrifft, so ist ein häufiger Einwand der Gegner, daß eine derartige Bestimmung mit der Freiheit des Vertragschlusses im Widerspruch stehe; der Staat dürfe wohl einschreiten zu Gunsten der Minderjährigen, der jugendlichen und weiblichen Arbeiter, keineswegs aber stehe ihm dies Recht für die männlichen Großjährigen zu.

Nun ist aber ein Kaufkontrakt, der mit einem Verluste von über 1/2 geschlossen wurde, nichtig, da das Gesetz voraussetzt, daß derjenige, welcher auf eine so beträchtliche Selbstschädigung einginge, nicht frei sein kann. Die Lage des Arbeiters entspricht der eines solchen Verkäufers. Mit Unrecht schüßen die Nationalökonomien vor, daß, wenn ein Arbeiter mit seinem Unternehmer übereinkommt, 12 Stunden zu arbeiten, und ihr ihn daran hindert, daß ihr dann die Freiheit des Arbeiters antaste.

Wenn sich ein Arbeiter anbietet, in einer Werkstatt oder einem Hüttenwerk zu arbeiten, sagt der Unternehmer zu ihm: Entweder du arbeitest 12 Stunden oder du arbeitest gar nicht, und so steht der Arbeiter vor der Wahl, entweder brotlos zu bleiben oder sich der Fabrikordnung zu fügen. Also ergibt sich die Gleichmüßigkeit seiner Lage und der des um mehr als sieben Fünftel des Wertes geschädigten Verkäufers und somit die Nothwendigkeit eines gesetzlichen Einschreitens.

Wenn man einwendet und fragt, ob man den Arbeiter zur Verantwortung ziehen dürfe, der über die gesetzliche Frist hinaus arbeitet, oder den Unternehmer, der ihn zum Arbeiten nötigt, so erwidern die Sozialisten: Die Fabrikordnung sei strafbar, also derjenige, der sie geschaffen hat, d. h. für jetzt der Unternehmer; und weiter ergäbe sich so als Nothwendigkeit, daß die Fabrikordnungen von den Unternehmern und Arbeitern gemeinschaftlich ausgearbeitet würden.

Dann zur wirtschaftlichen Seite. Wird der Arbeiter durch Einführung des Achtstundentages seine Stellung verbessern?

Die Ökonomen bezweifeln es. Man sucht sie zu überzeugen, indem man sagt, daß bei einer Arbeitszeit von beispielsweise zwölf Stunden der Arbeiter sich überanstrengen, und ein zu früher Tod sei die Folge. Nach der siebenten oder achten Arbeitsstunde ist der Arbeiter ermattet und vermag demgemäß nur noch geringeres zu leisten. Und je öfter diese Uebermüdigungen eintreten, desto mehr bleibt die Produktivität der Arbeit hinter dem früheren Maße zurück; so glaube man behaupten zu können, ein Arbeiter vermöchte in zehn Stunden tüchtiger Arbeit ebenso viel zu leisten, wie bei einer entfristenden vierzehn- oder fünfzehnstündigen Tagesarbeit.

Diese Beweisführung, so werfen gewisse Ökonomen ein, würde wohl zutreffen, wenn man damit die Festsetzung eines 12-stündigen Arbeitstages festsetzen wollte, vielleicht selbst eines 11- oder 10-stündigen, aber keinesfalls eines 8-stündigen, und sie kommen zu dem Schlusse, daß die Einschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden eine Verringerung des Lohnes herbeiführen werde; denn müde nun der Arbeiter zu Zeit oder zu Stücklohn gemietet sein, sein Lohn müsse bei der einen wie bei der anderen Arbeitsbezahlungsmethode entsprechend der Verkürzung der Arbeitszeit abnehmen.

Fast alle Ökonomen sind der Ansicht, daß ein stündiger Arbeitstag diese Wirkung nach sich ziehen werde. Dies sei der Grund, führen sie weiter aus, weshalb die Arbeiter die Festsetzung eines Minimallohnes fordern, welcher einen Niedergang der Produktion mit sich bringen würde, da er den Anreiz zur Arbeit erschaffen lasse.

Was hat man über diese Einwürfe zu denken?

Die Menge der Erzeugnisse soll sich verringern, aber wird denn das Bedürfnis nach ihnen zurückgehen? Das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion wird gestört; diese Verletzung des Gleichgewichtes wird eine Preisverhöhung aller Waaren nach sich ziehen. Also wird der Arbeiter durch diese Maßregel nichts gewonnen haben, sagen die Nationalökonomien; er arbeitet 8 Stunden, er verdient weniger, und sein Lohn wird noch verhältnismäßig weniger Kaufkraft haben. — Das ist falsch! Um die Menge der Waaren zu vergrößern, wird der Arbeitgeber wieder mehr Arbeiter beschäftigen müssen und dieses Mehr werden ihm die Arbeiterbeschaaren stellen, die vorher vergeblich nach Arbeit suchten. Diese vermehrte Nachfrage nach Arbeitern wird ein Steigen der Löhne bewirken, denn gerade das Vorhandensein einer gewissen Zahl beschäftigungsloser Arbeiter drückt die Löhne. Die Industrie wird sogar gezwungen sein, sich nach ländlichen Arbeitern umzusehen, was wiederum eine Erhöhung der Arbeitslöhne auf dem Lande zur Folge haben und die Grundbesitzer zur Verbesserung der Werkzeuge und der Arbeitsmethoden drängen wird.

Ist für mein Theil zweifellos kein Augenblick an dem Eintreten dieser Lohnerhöhung; wird indeß diese Lohnerhöhung bedeutender sein als die Erhöhung der Waarenpreise? Es ist keine Frage!

Der Lohn wird schneller als alles Andere steigen. Im Falle der Seitenheit steigt der Preis derjenigen Waare am raschesten, welche am notwendigsten gebraucht wird. Vor der Zeit des Freihandels sah man bei einer Abnahme der Getreideproduktion um ein Zehntel den Preis des Getreides sich verdoppeln; 1889 fehlte nur ein Hundertstel des notwendigen Kohlenquantums und schon stiegen die Kohlenpreise auf das Doppelte, die Kokspreise auf das Dreifache. Wohl, die Arbeit ist aber die allerwichtigste Waare, und so wird ihr Werth ein Maximum erreichen. Und was bestimmt die Preise der Produkte? Die Arbeit und das Kapital. Nun hat sich nur die Nachfrage nach Arbeit vermehrt, nicht nach Kapital. Nimmt man also an, daß Arbeit und Kapital je zur Hälfte den Werth des Produktes bilden, so ergibt sich, daß die Vermehrung der Waarenpreise nur gleich der Hälfte der Erhöhung der Löhne sein kann. Man kann demnach schließen, daß der Achtstundentag das Gesicht der Arbeiter verbessern wird! Ich vermute also, weshalb die Arbeiter ihn so eifrig verlangen.

Man könnte sich indes, wenn man die ganze Welt in seine Betrachtung zieht, fragen, ob nicht vielleicht überhaupt die Menge der Produkte aller Länder geringer werden wird! Doch das ist unglücklich. Seit einem Jahrhundert haben die Maschinen die Arbeit vermindert und die Masse der Produkte vergrößert. Diese Erwägung muß uns hinsichtlich der Zukunft beruhigen: in den Maschinen haben wir das Mittel, die Produktion der ganzen Menschheit zu steigern.

Die Fortschritte in der Technik würden ein etwaiges Defizit rasch ausfüllen und darüber hinaus die Produktion vermehren.

So unzureichend diese offizielle Rechtfertigung des Hauptgegenstandes der internationalen Maidemonstration ist, so kann sie doch ausreichen, die große Menge guter Deutschen, die ihn aus Unwissenheit bisher als eine Schwärmerie oder eine Gefahr beklampften, mit dem gesetzlichen Achtstundentag auszuföhnen.

Jules Guesde.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Schöneberg und Umgegend hielt am 19. April ihre Mitgliederversammlung ab. Unser Kassenerbericht beträgt, wie der Kassierer berichtete, 22,25 M. Sodann wurden zum Vorstand gewählt: Rudolf Kantschke zum ersten, Karl Feßlich zum zweiten Vorsitzenden, Albert Stoldt zum ersten, Julius Hoffmann zum zweiten Kassierer, Gustav Behrendt zum ersten, Adolf Hehl zum 2. Schriftführer, Friedrich Gebble, Ernst Buchholz und Wilhelm Siedert zu Revisoren. Es wurde Kollege Adolf Dehl übertragen, die Zahlstelle stetig zu übernehmen. Ferner wurde bekannt gegeben, daß unser Stiftungsfest am 29. Mai stattfindet. Reichstags-Abgeordneter August Bebel hat die Festrede zu halten zugesagt. Es wurde beschlossen, einem Mitgliede, welches durch Unglücksfall zum Krüppel geworden ist, die sechsmonatlichen rückständigen Beiträge zu erlassen. Vom Monat Mai ab wird das Markensystem eingeführt. Es wurde ermahnt, unser Fachorgan „Der Arbeiter“ und das neu gegründete „Volksblatt“ für unsern Wahlkreis mehr zu lesen und darauf zu abonniren.

Gute ordentliche Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung Berliner Maurer fand am 29. d. M. statt. Der erste Punkt der Tagesordnung: Abrechnung der freiwilligen Beitrags-Sammler konnte nicht erledigt werden, da die Abrechnung nicht fertig gestellt war. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Staatliche und kommunalbauten und die Maurer als Steuerzahler“ sprach Kollege Grothmann unter allseitigem Beifall. Zu dieser Sache sollte noch der Stadtverordnete Jubel sprechen, da dieser aber nicht erschien und aus Anlaß des schwachen Besuches der Versammlung wurde beschlossen, dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu legen. Am „Verschiedenen“ wurde beschlossen, am ersten Pfingsttage im Freen-Palast, Burgstraße, eine Matinee abzuhalten. Der Preis der Billets wurde auf 30 Pf. festgesetzt. Ferner stimmte die Versammlung dem Antrage Bernau zu, von einer eigenen Feier des 1. Mai Abstand zu nehmen. Die Mitglieder verpflichten sich jedoch, um den politischen Charakter der Demonstration zu wahren und zu unterstützen, daß ein jeder sich am 1. Mai der politischen Bewegung anschließt.

Mechaniker. Die deutsche Gesellschaft für Mechanik und Optik, Abtheilung Berlin (Arbeitsgeber-Vereinigung) hatte am Donnerstag eine Mechaniker-Gesellen-Versammlung eiderlichen zwecks Wahl von fünf Arbeitervertretern zu einem Einigungsamt. Bieca 400 Gehilfen waren diesem Ruf gefolgt; aber nur wenige konnten ihre Getränke mitbringen; die Versammlung tagte nämlich bei Keller, Köpenickerstraße (sein Arbeiterlokal). Der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft, Herr Hänisch, eröffnete mit einer kleinen Ansprache die Versammlung, in welcher er auf die Verhandlungen der Prinzipale in Bremen hinwies, nach welchen in allen Orten Einigungsämter eingesetzt werden sollen. Er wies weiter auf die Erfolge und Arbeiten der im vorigen Jahre beständigen Dreikommission hin und forderte die Kollegen auf, 6 Arbeiter, aber nur gelehrte und noch arbeitende Mechaniker und Optiker zu wählen.

Folgende Resolution wurde eingebracht: „Die heute bei Keller tagende Versammlung der Mechaniker- und Optiker-Gesellen Berlins und Umgegend erklärt sich mit der Einsetzung eines Einigungsamtes einverstanden, verlangt aber, daß die Leitung der Versammlung in Händen der Gehilfen liegt.“

Nun erhielt Herr St. Krath, Friedenau, Arbeitgeber, das Wort, um als Stellvertreter des Domänen der vorjährigen Dreikommission den Bericht derselben zu verlesen, nach welchem in 72 Werkstätten die neunstündige Arbeitszeit eingeführt und der fehlgehende Minimallohn gezahlt wird, daß weiter der Arbeitsnachweis der Gehilfen anerkannt und auch damit gute Resultate erzielt worden sind. Für Resolution erklärte der Vorsitzende, daß er für, wenn die Versammlung sie annehme, doch nicht Folge leiste, sondern die Versammlung schließen müsse, denn in Bremen ist beschlossen worden, daß die deutsche Gesellschaft die Versammlungen einberufen soll und selbstverständlich die Kontrolle auszuüben hat, daß keine fremden Elemente mitwählen können. Es können ja ein paar Gehilfen hier oben Platz nehmen.

Kollege Pinn wies nun auf den Widerspruch hin. Der Beschluß in Bremen ist so zu verstehen, daß den Gehilfen die Leitung zukommt. Kollege Vorkreiter stellt den Vermittlungsantrag, das Bureau zu gleichen Theilen zusammenzusetzen, aber als ersten Vorsitzenden einen Gehilfen zu bestimmen. Dieser Antrag wurde vom Vorsitzenden ignoriert. Die Kollegen Schönmann und Zeitelwitz trifteten in scharfen Worten das Verhalten des Vorsitzenden und erklärten es als eine Verwundung. Nun wurde zur Abstimmung geschritten: fast alle Hände erheben sich. Der Vorsitzende erklärt mit süßlicher Miene: Die Gegenprobe ist unklar; nun schließe ich die Versammlung. — Die Gehilfen werden nun in den nächsten Tagen eine Versammlung einberufen, um fünf Arbeiter zu diesem Einigungsamt zu wählen.

Der Fachverein der Holz- und Breiterträger hielt am 12. April seine regelmäßige Monats-Versammlung ab, um über die Maßfeier sich schlüssig zu werden. Der Vorsitzende, Genosse Schönslein, schilderte in eingehender Weise die Verhältnisse, welche zu der Mai-Demonstration geführt haben. Redner empfahl, sich dem Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anzuschließen und die Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages am Sonntag, den 3. Mai, stattfinden zu lassen. Reichlicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Vorsitzenden aus. Zu Kontrollzwecken wurden die Kollegen Schneider und Sperling gewählt. — Der Vorstand hat beschlossen, am 3. Mai eine Festlichkeit mit Familien zu veranstalten. Der Vorstand wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt, das Gutree wird für Gäste auf 30 Pf. inkl. Familie festgesetzt. Mitglieder mit ihren Familien sind frei, haben jedoch, soweit dies noch nicht geschehen, ihr Vereinsabzeichen vom Kassierer abzuholen und bei der Feier anzulegen. Kollege Gsch theilt den letzten Beschluß der Streit-Kontroll-Kommission mit, wonach von jetzt

ab jede Gewerkschaft nur einen Delegirten in die Kommission entsenden soll. Demzufolge legten die bisherigen Delegirten ihr Mandat nieder; bei der Neuwahl wurde Kollege Gsch einstimmig zum Delegirten wiedergewählt. Zum Schluß gedachte der Vorsitzende noch des heutigen, für die deutschen Arbeiter wichtigen Tages, nämlich des Geburtstages Ferd. Lassalle's.

Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgeossen. In der Versammlung vom 21. April er. erstattete zunächst der Kassierer den Vierteljahrsbericht: Bestand vom 4. Quartal 1890 und Einnahme vom 1. Quartal 1891 629,67 M., Ausgabe 334,22 M., bleibt Bestand am 1. April 295,45 M. Die Einnahmen vom Stiftungsfest betragen 190,25 M., Ausgaben 162,05 M., bleibt Uebersehuf 28,20 M. Mitgliederbestand 289. Hierauf hielt Herr Silberberg einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Erziehung der Kinder. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Zu Verschiedenem wurde ein vom Stell. Bille gestellter Antrag, welcher besagt, daß die heutige Versammlung sich den Beschlüssen der Arbeiter Deutschlands anschließt, 1/4 des Tagesverdienstes vom 1. Mai der Generalkommission zur Gründung eines Generalfonds zu überweisen, angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, in der nächsten Versammlung über den Antrag auf Herabsetzung der Wochenbeiträge von 15 Pf. auf 10 Pf. zu beschließen. Am 1. Mai findet eine öffentliche Versammlung bei Seefeld statt mit gemischlichem Beisammensein. Festrede gehalten von Herrn Dürk. Am 3. Mai findet ein Ausflug nach Friedrichshagen statt. Abfahrt vom Bahnhof Alexanderplatz früh 6,45, vom Schlesienschen Bahnhof 7 Uhr mit Arbeiterbillets à 40 und 20 Pf. Für Nachzügler Treffpunkt bis 2 Uhr Nachmittag im Gäßler (Friedrichshagen).

Der Interessentenverein der Ristenmacher hielt am 20. d. M. eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Tschernig sprach unter Beifall über die Bedeutung des 1. Mai und den Achtstundentag. Es wurde beschlossen, sich so viel wie möglich dem Tischlereiverein am 3. Mai bei seiner Feier in der „Neuen Welt“ anzuschließen. Dann ertheilte der Vertrauensmann, Kollege Briele, Abrechnung. Folgende Resolution wurde noch angenommen: Die öffentliche Versammlung der Ristenmacher beschließt: 1. keine Delegirten extra für die Streit-Kontrollkommission zu wählen, sondern einen Vertrauensmann, der die Delegation zur Streit-Kontrollkommission mit übernimmt; 2. derselbe hat die öffentlichen Angelegenheiten der Ristenmacher zu übernehmen und die von dem Ausschuss der Streit-Kontrollkommission herausgegebenen Sammelkarten zur Vertheilung zu bringen; 3. da der Vertrauensmann die öffentlichen Angelegenheiten der Ristenmacher übernimmt, so sind drei Revisoren zu wählen, die die vierteljährliche Abrechnung zu prüfen und öffentlich Bericht zu erstatten haben. Zum Vertrauensmann und Streit-Kontrollkommissions-Delegirten wurde Kollege Paul Schröder, zu Revisoren die Kollegen Huchhausen, Gieseler und Müller gewählt.

Verband der Vergolder etc. Monatsversammlung vom 20. April. Herr Stadtverordneter Heindorf referirte über gewerkschaftliche Organisation und erntete reichen Beifall. Beim zweiten Punkt: Wahl eines 2. Verbandsvorsitzenden und Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung der Fragebogen wurde der erste Punkt wegen zu schwacher Beteiligung und weil sämtliche vorgeschlagenen Kandidaten ablehnten, vertagt; zur Ausarbeitung der Fragebogen wurden die Kollegen Schnorre, Höpfer, Klasse, Albrecht und Burginoko gewählt. Kollege Ganske vom Streit-Komitee bemerkte, daß die Zahl der Streikenden sich vermindert und richtete an alle Kollegen das Ersuchen, sich besser an der Unterstützung zu beteiligen.

Die Vereinigung der Maler etc., Filiale VII. SW. hielt am 15. d. M. eine Generalversammlung ab. Der Revisor, Kollege Bartzid, legte Rechnung, welche sich als richtig herausstellte. Der Bevollmächtigte, Kollege Zeile, schilderte in kurzen die Thätigkeit des Vorstandes, die von den Anwesenden anerkannt wurde. Es wurden in den Vorstand gewählt die Kollegen Schmidt zum 1., G. Müller zum 2. Bevollmächtigten. G. Müller Schriftführer. Burmeister und Bartzid Revisor. Böhm und G. Revisoren. Kost und Sadofsky Hilfskassierer. Im Verschiedenen werden noch vier Kollegen zu Komitteesmitgliedern zum Stiftungsfestverügen gewählt.

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Drechsler Deutschlands, Fahrselle VI der Kammmacher, fand am 20. April statt. 3 Mitglieder ließen sich aufnehmen. Der Kassierer erstattete sodann Bericht über die Kasse, und da sie von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Decharge ertheilt. In Sachen des 1. Mai wurde beschlossen, am 1. Mai zu arbeiten und ein Viertel des Tageslohns der Zentralkommission zu überweisen. Unter Verschiedenem wurde der Antrag, über die Werkstelle Krüner Nachfolger die Sperre zu verhängen, nach einer längeren Debatte, in welcher für und gegen den Antrag gesprochen wurde, der Lohnkommission zur Unterlegung in die Hände gegeben. Ein Antrag, eine Zahlstelle in der Mendelssohnstraße Nr. 2 zu bilden, wurde angenommen. Zum Schluß wurde die Resolution, welche die Herren Innungsmeister in ihrer letzten Versammlung gefaßt haben, genehmigt und es wurde eine Gegenresolution angenommen.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Zahlstelle Berlin, hielt am Montag seine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Kollege Bock unter lebhaftem Beifall einen Vortrag über „die internationale Arbeiterschuh-Versengung“ hielt. Im Verschiedenen sprach Kollege Bock noch die Gründung der Ersteren Genossenschaft, welche aus dem letzten Streik hervorgegangen ist. Er ersuchte die Anwesenden, unsern Anträge, je 1 M. zu zeichnen, so schnell als möglich nachzukommen, denn schnelle Hilfe sei doppelte Hilfe.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgemessen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie vermahnt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Im Versammlungsbericht der gewerblichen Hilfsarbeiter Nordens vom Sonnabend, den 25. April im „Vorwärts“ schreibt der Einsender, daß durch einen Antrag, worin der Vorsitzende Herr Steinmar aufgefordert wurde, seinen Vorschlag niederzulegen, bis das über ihn schwebende Gerüde geklärt ist, weil der Antragsteller sich nicht zum Wort meldete, eine Geschäftsordnungsdebatte entstanden sei, wodurch die Versammlung aufgelöst wurde. Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit. Ich meldete mich sofort zum Wort, aber Herr Steinmar redete allein, nannte den Antrag einen Witz, ließ mich trotz mehrfacher Meldung nicht sprechen, und infolge dessen entstand eine Geschäftsordnungs-Debatte, welche durch Zwischenruf des Herrn Steinmar und Anhänger gestört wurde. Deshalb wurde die Versammlung aufgelöst.

Geremann Anhoff, Bergstraße 157, Nordorf.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des II. Berliner Reichstags-Wahlkreises.**

Sonntag, den 3. Mai, Nachmittags 4 Uhr,
in den gesammten Räumen der Berliner Bockbräuerei,
Tempelhofer Berg:

Grosses Arbeiter-Mai-Fest

bestehend in Konzert, Gesang und lebenden Bildern,
unter gütiger Mitwirkung des Gesang- u. Musikvereins Firmitas
(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes),
sowie der Gesangsvereine des Arbeiter-Sängerbundes, 200 Sänger:
Freiheit, Frühlingstau, Harmonia, Brühberger Harmonie,
Liedesfreiheit, Kreuzerbund, Waldkapelle.

Festrede, gehalten vom Genossen Richard Fischer.
Bei günstiger Witterung von 6 Uhr ab Tanz. Die Kaffeeliche wird
um 2 Uhr eröffnet. Das Fest beginnt pünktlich 4 Uhr Nachmittags mit einem
Marschzug eines Bades aus der Festzeitung, von sämtlichen Anwesenden
getragen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
887/9

Der Vorstand.
Programms à 20 Pf. sind zu haben bei den Vorstandmitgliedern sowie
in den Zahlstellen bei Otto Klein, Zigarrengeschäft, Kottbuser Damm 14;
Scheier, Restaurant, Gneisenaustr. 85; Haugl, Restaurant, Boechstr. 12;
Schmidt, Restaurant, Diefenbachstr. 34; Lubm, Restaurant, Brandenburgstr. 11;
Ernst Wilschke, Zigarrengeschäft, Kabbachstr. 1 u. Junkerstr. 1; Schröder,
Zigarrengeschäft, Kreuzbergstr. 15; Grube vorm. Schönfeld, Restaurant,
Mariendorferstr. 10; Kiesel, Restaurant, Schützenstr. 58; Böhlend, Restaurant,
Bälowsstr. 52; Grassunder, Restaurant, Schwerinstr. 9; M. Held, Wenden-
straße 2, III. b. Tglr.

**Genossen
des 4. Berliner Reichstagswahlkreises.**

Die diesjährige
Mai-Feier

findet am Sonntag, den 3. Mai cr., im „Koncertpark Viktoria“,
Frankfurter Allee 72-73, statt.

Auftreten des Künstlerpersonals
und der Gesangsvereine: „Freya“, „Unverzagt“, des Seger'schen und
„Lorbeerkrantz“, Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes.

Nachmittags 4 Uhr:

Festrede,

gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Paul Singer**,
worauf Abstimmung der in der Festzeitung enthaltenen Resolution erfolgt.
Belustigungen für Kinder. Bei Beginn der Dunkelheit: Fackelpolonaie.
Die Kaffeeliche ist von 3 Uhr an geöffnet. 881/5

Willetts à 20 Pf. sind bei den Vertrauensleuten **Robert Wengels**, Große
Frankfurterstr. 124, zweites Quergebäude, Hochparterre und **Otto Reindorf**,
Vangehr. 70, sowie in allen bekannten Lokalen des Ostens zu haben.
Jeder Besitzer eines Willets erhält am Eingange des Gartens die Fest-
zeitung gratis.

Tischler

und sämtliche Berufsgenossen Berlins.

Große öffentliche Versammlung

am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
in „Sausouci“, Kottbuserstr. 4a.

Tages-Ordnung:

Der 1. Mai und der Achtstundentag.

Referent **Th. Glocke**.

Diskussion. — Abstimmung der Resolution.

815/4 Der Einberufer.

Mai-Feier

des Fachvereins d. Holz- u. Bretterträger

am Sonntag, den 3. Mai 1891, Nachm. 4 Uhr,
in **Saillard's Salon**,
Prinzenstr. 87.

Concert u. Ball.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
173/2 Der Vorstand.

Freie Vereinigung aller in der chirurgischen
Branche beschäftigten Berufsgenossen

Mai-Feier.

Ausflug nach Friedrichshagen

am Sonntag, den 3. Mai.

Abfahrt vom Bahnhof Alexanderplatz 6,45, vom Schlesischen Bahnhof
7 Uhr früh mit Arbeiterbillets. Für Nachzügler bis 2 Uhr Nachmittags Treff-
punkt im Eiseller (Friedrichshagen).

Mai-Feier.

Am Sonntag, den 3. Mai 1891, Nachmittags präzis 4 Uhr,
bei **Wohlhaupt** (Schröder), Mantuffelstr. 9:

Große öffentliche Versammlung

sämtl. Knopfarbeiter Berlins mit Frauen

mit einem dem Tage entsprechenden Vortrag.
Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz,
Vorträgen u. s. w. Unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Weißchen-
Blau“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

Kein denkender, zielbewusster Knopfarbeiter darf in dieser Versammlung
fehlen. Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt. Festzeitung
am Eingange à 10 Pf., Tanz frei.

**Achtung, Brauergesellen
Berlins und Umgegend.**

Sonntag, den 3. Mai, findet ein allgemeiner **Ausflug mit Damen**
Sammelpunkt: Westend, Nachmittags 3 Uhr, Abgang nach Spandauer
Bock und asfergarten. — Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.
637b Das Komitee.

Grosse öffentliche
Volksversammlung

für Männer und Frauen

am Freitag, den 1. Mai cr., Abends 7 1/2 Uhr,
im „Eiskeller“, Chausseestr. 88 (hinterer Saal).

Tagesordnung:

Vortrag: „Ueber die Bedeutung des 1. Mai“. Referent
Wilhelm Liebknecht.

Nach der Versammlung: Gesellige Unterhaltung.

Fachverein der Tischler.

Die diesjährige

Maifeier

findet auf Beschluß der General-Versammlung am

Sonntag, den 3. Mai 1891,

in der

Neuen Welt, Hasenhaide,

statt. Um derselben nun den Charakter einer großartigen **Demonstration**
zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden zu geben,
erwartet der Vorstand die allseitige Beteiligung der

Tischler und gesammten Berufsgenossen Berlins.

Die Feier ist so arrangiert, daß bei einem billigen Eintrittsgeld jeder
Kollege daran Theil nehmen kann.

Die Feier soll gleichzeitig den Charakter eines **Volksfestes** tragen.

Konzert. — Auftreten des Künstler-Personals.

Feuerwerk (bei günstiger Witterung), u. s. w.

finden statt.

Nachmittags 4 Uhr:

Festrede des Reichstags-Abgeordneten August Bebel,

worauf Abstimmung der in der Festzeitung enthaltenen Resolution erfolgt.

Willetts sind auf allen Zahlstellen des Vereins und bei den in der
Nummer vom 18. April bekannt gegebenen Herren, sowie in der Zigarrenhand-
lung von **Wilschke**, Junkerstraße, zu haben. Der Preis beträgt im

Vorverkauf 20 Pf.

Diese Willets sind mit dem Stempel des Fachvereins versehen und erhalten die
Besitzer dieser Willets die **Mai-Festzeitung** am Eingange der **Neuen Welt**
gratis, während die Willets an der Kasse 25 Pf. kosten und es auf dieselben
keine **Mai-Festzeitung** giebt.

NB. Willets sind am Sonntag nur noch in der Zigarrenhandlung
von **O. Klein**, Kottbuser Damm 14, zu haben.

Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Heute, Freitag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
im Saale der Brauerei „Tivoli“.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Herr Dr. Lütgnow.

2. Abstimmung der Resolution.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt.

Um recht rege Beteiligung ersucht

222/7

H. Vehold, Wilhelmstr. 21.

**Verein der Eisen- und Metalldreher
Berlins und Umgegend.**

Da in nächster Woche die Revision wegen der General-
versammlung stattfinden muß und die Vertrauensmänner
am 2. d. M. abrechnen, so ersuchen wir die Mitglieder,
die Beiträge bis Ende April zu begleichen.

144/8

Der Vorstand. J. A.: W. Machatzky.

**Oeffentliche Versammlung
aller in**

Buchbindereien u. verw. Betrieben

beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

am Freitag, den 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in „Feuerstein's
Salon“, Alte Jakobstraße 75 (großer Saal).

Tagesordnung: Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Kollege

B. Jost. 2. Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution.

Hierauf: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt. 119/9

Um rege Beteiligung bittet

Der Einberufer.

Rixdorf!

Freitag, den 1. Mai, Abends 8 1/2 Uhr:

Gr. Volksversammlung

bei Niesegk.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiter.

Referent: **Wilhelm Werner**.

Parteigenossen!

Zur Feier des 1. Mai findet am Freitag in meinem Gartenlokal,
Schwedterstrasse 44, ein großes

Vokal- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung eines altbewährten Gesangsvereins statt, wozu ich alle Freunde
und Genossen freundlichst einlade.

Anfang 4 Uhr.

Otto Thierbach.

Unserem Genossen und Vereinsbruder
Paul Buggenhagen

zu seinem am 1. Mai stattfindenden
Wiederkehr ein donnerndes Begehoh,
daß die Bierfässer wackeln. 642L

Mehrere Pothe
der Ethischen Gesellschaft.

Fachv. d. Steinmetzen.

Die Fachvereinsversamm-
lung der Steinmetzen Berlins
fällt am Sonntag, d. 3. d. M.
wegen allgemeiner Maifeier
aus. [286/9] Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung

sämtlicher in der

**Belt-, Mägen- u. Zurichter-
Branche beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen**

am Freitag, den 1. Mai 1891,

Abends 8 Uhr,

im Lokale des Herrn **Köllig**,

Neue Friedrichstr. 44.

Tages-Ordnung:

1. Festvortrag des Genossen **Hoffmann**.

2. Abstimmung der Mai-Resolution.

Nachher: Gemüthliches Beisammensein

u. Mitwirkung d. Männergesangsvereins.

Mai-Feier

des

Polnischen Sozialisten-Vereins

am Sonntag, den 3. Mai,

Nachm. von 4 Uhr an,

im **Feuerstein'schen Lokale**,

Alte Jakobstraße 75,

bestehend in

Festreden, Deklamationen u. Tanz.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder

ersucht **Der Vorstand.**

Mai-Fest.

Familien können Kaffee kochen.

Festzeitung wird gratis vertheilt.

Stenographen-Schule.

Auf vielseitigen Wunsch eröffnet die
Sten.-Schule am Sonnabend, 2. Mai,
Abends 9 Uhr, Craniestr. 126

(Gartenhalle), einen neuen Abendkursus

in d. vereinf. Krensch'schen Stenographie.

Der Unterricht wird unentgeltlich

ertheilt. Lehrmittel nur 1,25 M. [307b]

Kontroll-

Marken-Hüte zu den bill. Preisen

bei

Oscar Arnold,

Dresdenerstr. 116.

Bitte lesen Sie!

Jedem, der billig und gut kaufen will,

empfehle mein sehr reichhaltiges Lager

von circa 1000 Sommer-Paletots,

2000 Anzüge, sowie einzelne Röcke,

Jaquetts, Hosen, Westen etc.

Feiner Uhren, Ketten, Setzen,

Wäsche, Stiefeln, Hüte, Reise- und

Holzhoffer, Waschkessel etc., sowie

Damen-Mäntel und -kleider.

Sämtliche Sachen in alt und neu,

auch werden verfallene Pfänder verlausht.

A. Wergien,

Schneidermeister,

127 Skalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Maß werden

gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, recht genau auf Namen und
Hausnummer zu achten. [306L]

Mehlhandlung, 612L

Mantuffelstr. 75. L. Brachvogel,

empfiehlt s. Feilzeit:

1 Pfd. 5 Pfd. 1/2 Ctr.

Wienermehl . . . 0,25 1,10 1,85

Kaiserauszug . . . 0,20 0,90 1,20

Weizenmehl m.

Auszug . . . 0,18 0,80 1,00

Sultana (voriglich) à Pfd. 60 Pfg.

Gr. u. kl. Rosinen . . . à " 40 "

Mandeln, süß u. bitter à " 120 "

Für 15 Mark stehen sehr gut

gebrauchte Nähmaschinen mit allem
Zubehör **Karlstrasse 19a** in der
Nähmaschinenfabrik zum Verkauf. Neue
Maschinen ebenfalls sehr billig. 630L

Allen Parteigenossen empfehle ich bei
Landpartien nach **Kallberge Rüdersdorf**
stets meine gute Cigarre zu rauchen.
**Heinr. Duhse, Cigarren-
fabrikant,**
616b Redenstr. 24.